

Sozialstruktur und politisches Milieu

Bis 1937 umfasste das Gebiet der heutigen Stadt Hofheim sieben selbständige Gemeinden. 1938 erfolgte die Eingemeindung von Marxheim nach Hofheim.

Einwohner und Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Einwohner 1933:

Hofheim	5.430 Einwohner	6,7 %	Landwirtschaft, alle sozialen Schichten
Marxheim	1.775 Einwohner	19 %	Landwirtschaft
Lorsbach	1.424 Einwohner	8,5 %	Landwirtschaft, bis zu 60% arbeiten in der Lederindustrie
Diedenbergen	1.118 Einwohner	24,6 %	Landwirtschaft und Schneiderhandwerk
Wallau	1.044 Einwohner	44 %	Landwirtschaft
Langenhain	765 Einwohner	33,7 %	Landwirtschaft
Wildsachsen	330 Einwohner	64,2 %	Landwirtschaft



Hofheim 1934
Luftaufnahme

Einer der Hauptarbeitgeber für die Main-Taunus-Region waren die Farbwerke der IG-Farben in Höchst. Die durch die Weltwirtschaftskrise bedingten Massenentlassungen führten auch in Hofheim und den umliegenden Dörfern zu hohen Arbeitslosenzahlen.

In Deutschland wurden 1932 insgesamt über sechs Millionen Arbeitslose gezählt.

Aus der Arbeiterschaft stammte das Wählerpotenzial für die Arbeiterparteien SPD und KPD. Bei der Reichstagswahl 1928 etablierte sich die SPD als stärkste Partei.

In Hofheim und Marxheim belegte sie hinter der **Zentrumspartei** den zweiten Platz. Diese beide Gemeinden waren von einer mehrheitlich katholischen Bevölkerung geprägt. Jugendliche, die „etwas erleben wollten“, wurden Mitglied im „Windhorstbund“, einer Jugendorganisation der Zentrumspartei. Daneben existierten in erster Linie katholische Vereine und Jugendverbände.

Als überwiegende Wähler der katholischen Zentrumspartei erwiesen sie sich als besonders beständig in ihrer Wahlentscheidung und eher resistent gegenüber der **NSDAP**.

Reichstagswahl und Aufbruchstimmung

1930

waren erste größere Wahlerfolge der NSDAP auf Reichsebene und auch in den sieben Gemeinden zu verzeichnen. So wurde sie in Wallau hinter der SPD zur zweitstärksten Kraft. Sie profitierte von einer erhöhten Wahlbeteiligung, d.h. es gelang der NSDAP, Nichtwähler oder Erstwähler zu mobilisieren.

1932

führten erdrutschartige Verluste z.B. der Wirtschaftspartei in Hofheim (WP), der Landvolk-Partei (LP), der Deutschen Volkspartei (DP) und des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD, evangelische Bewegung) sowie weiterer kleinerer Parteien zu der Bildung eines Stimmenreservoirs für die NSDAP. In Wallau und Wildsachsen wurde sie nun zur stärksten Kraft, in Diedenbergen, Langenhain und Lorsbach zur zweitstärksten hinter der SPD.

1933

ging die NSDAP aus den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 als stärkste Partei hervor.

Aufgrund von Verhaftungen politischer Gegner, SA-Terror und massiver Propaganda sind diese Wahlen aus heutiger Sicht nur bedingt als „frei“ zu bezeichnen.

In Wallau stimmten	63,81 % für die NSDAP,
in Wildsachsen	61,97 %,
in Langenhain	50 %,
in Diedenbergen	45,6 %,
in Hofheim	36,91 %,
in Lorsbach	35,48 %,
und in Marxheim	21,61 %.

Im Deutschen Reich erreichte die NSDAP 43,9 %.

Dieser Wahlgewinn versetzte weite Teile der Bevölkerung, trotz der einschüchternden Wirkung auf wenige, in eine Aufbruchstimmung und Begeisterung.

Die Menschen erhofften sich das Ende politischer Kämpfe, vor allem wirtschaftliche Verbesserungen und ein Ende der Arbeitslosigkeit. Adolf Hitlers Angriffe auf den Versailler Friedensvertrag und seine Versprechen von neuem nationalen Stolz und nationaler Größe hatten für viele Deutsche große Anziehungskraft.



Heilgrüße aus Diedenbergen (Main-Taunus). - Blick auf die Kirche

Eine Postkarte aus Diedenbergen drückt die Hoffnung aus, die man 1933 in den neuen Reichskanzler setzte. Da Adolf Hitler erst nach dem Tod des Reichspräsidenten Hindenburg am 1. August 1934 den offiziellen Titel „Führer und Reichskanzler“ trug, muss die Karte vor diesem Datum gedruckt worden sein.

Der damalige Pfarrer von Diedenbergen, Alfred Nixdorff, fasste diese Mischung aus Begeisterung und Opportunismus zusammen:

„Mit dem Jahr 1933 beginnt ein neuer Abschnitt der deutschen Geschichte. Das, was schon immer von allen wirklich national denkenden Menschen gefordert wurde, ist Wirklichkeit geworden: Die jugendfrische nationalsozialistische Bewegung bekommt die Führung. Der alte Reichspräsident von Hindenburg beruft Adolf Hitler zum Kanzler des Reiches. Allgemein ist die Freude, wobei allerdings ein großer Teil des Volkes ganz selbstsüchtige Hoffnungen hegt. Eine trübe Färbung erhält die ganze Zeit durch eine große Gesinnungslumperei. Zu Tausenden strömen Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten in die NSDAP, um dabei zu sein, wenn es an die Teilung der Erde geht. ...“

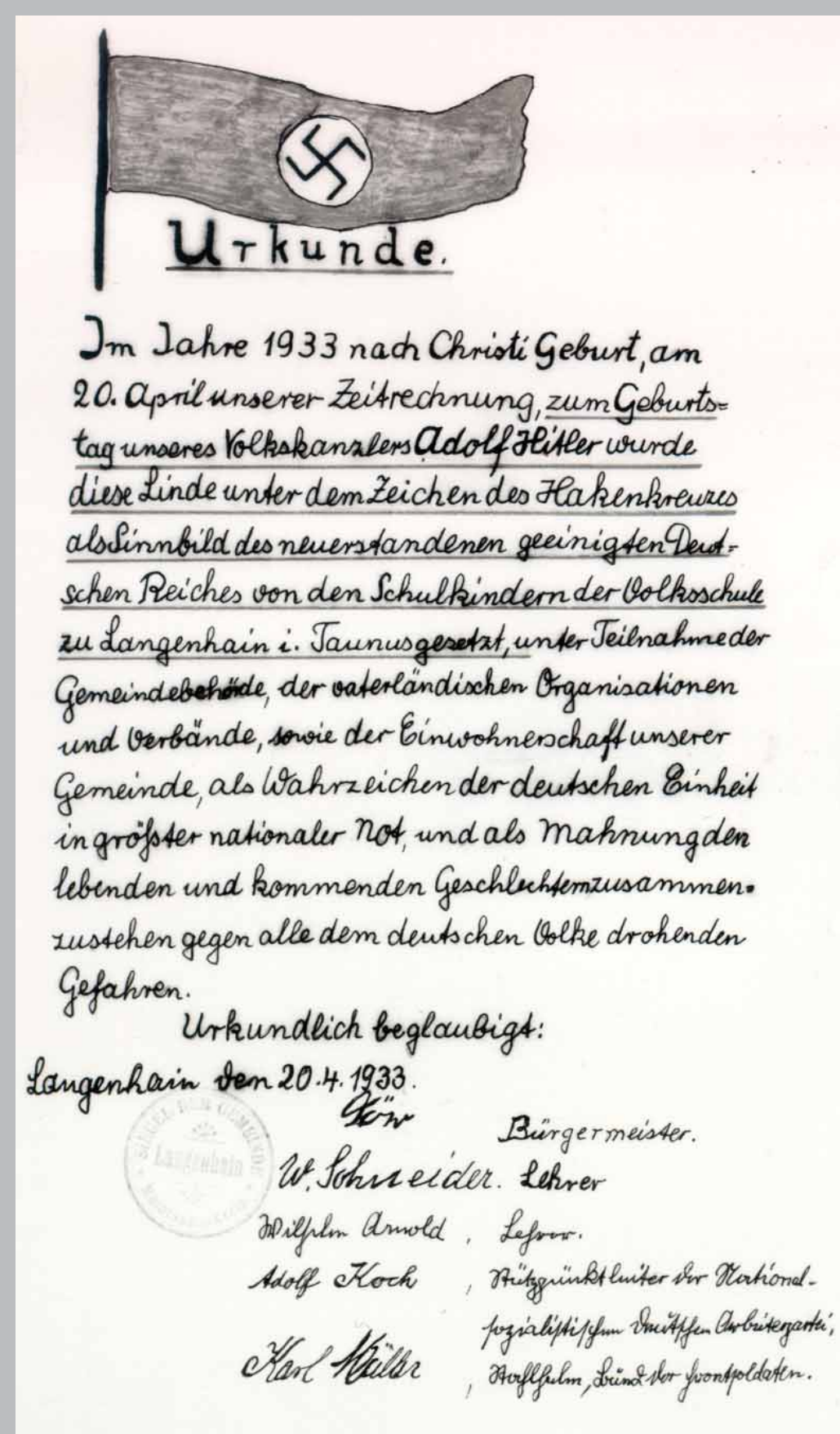
Von der Krise zur „nationalen Erneuerung“

Inszenierung der „nationalen Einheit“

Trotz aller Hetze gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden versuchte die NS-Regierung sich als einigende Kraft für das ganze deutsche Volk darzustellen. In großen öffentlichen Feierlichkeiten wurde die neue Volksgemeinschaft beschworen und Adolf Hitler selbst von der nationalsozialistischen Propaganda zum heroischen, persönlich bescheidenen Vorkämpfer für das Wohl des deutschen Volkes stilisiert.

Anlässlich seines ersten Geburtstages als Reichskanzler (20.04.1933) kündigten die Zeitungen daher an, dass „... sich der Kanzler alle Feierlichkeiten anlässlich seines morgigen 44. Geburtstages verbeten hat.“ Statt dessen sollen „besitzende Schichten“ eine Spende zugunsten notleidender Volksgenossen leisten. Trotzdem kam es zu „spontanen“ Kundgebungen und „unprogrammatischen“ Feiern. So ereignete sich auch in Langenhain die „spontane“ Pflanzung einer Adolf-Hitler-Linde.

Zum Geburtstag Adolf Hitlers am 20. April 1933 wurde in Langenhain, wie in verschiedenen anderen Orten, eine Linde gepflanzt und diese Urkunde unter den Wurzeln vergraben. Neben dem höchsten Politischen Leiter der NSDAP vor Ort unterzeichnete auch der Vorsitzende des Stahlhelm, einer deutsch-nationalen Vereinigung, die ursprünglich aus ehemaligen Frontkämpfern des Ersten Weltkrieges bestanden hatte.



Adolf Hitler wird Ehrenbürger der Stadt Hofheim

Am 31. März 1933 wurden die neugewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in ihre Ämter eingeführt. Die NSDAP erhielt 6 Sitze, die Bürgerliche Vereinigung 2, die Zentrumspartei 4 und die SPD ebenfalls 4. Nach den Wahlen zu den verschiedenen Ausschüssen stellte die Fraktion der NSDAP den Antrag, Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Hitler zu Ehrenbürgern der Stadt Hofheim zu machen. Der Antrag wurde mit 8 gegen 4 bei 4 Enthaltungen angenommen.

Ein weiterer Tag für eine große Inszenierung der Einigkeit war der 1. Mai, der „Tag der nationalen Arbeit“. Propagandaminister Goebbels ließ über die Presse der gesamten Bevölkerung detailgenaue Anweisungen zukommen, wie die Feierlichkeiten zu gestalten seien. Verbände und Vereine wurden aufgefordert teilzunehmen und bekamen nach ihrer Anmeldung genau vorgeschriebene Plätze in Umzügen und Aufmärschen zugeteilt. Die Einhaltung eines genauen Zeitplanes war vorgeschrieben, die Teilnahme Pflicht.



Das Foto zeigt den Kellereiplatz in Hofheim am 1. Mai 1933, auf dem alle teilnehmenden Gruppen bis um 11.00 Uhr aufmarschiert sein mussten, um dort die Rundfunkübertragung der Kundgebung in Berlin anzuhören.



Der 1. Mai 1939 in Lorschbach. Der gesetzliche und bezahlte Feiertag „der nationalen Arbeit“ wurde auch in späteren Jahren mit öffentlichen Kundgebungen begangen.

Außerhalb der Tagesordnung wird auf Vorschlag des Vorsitzenden die Wahl vom 12. März für gültig erklärt. Zu Beigeordneten wurden in geheimer Abstimmung die Herren Pol. Hauptmann a. D. Milo Hartmann (NSDAP) und Georg Westerberger (Ztr.) gewählt. Für die Wahl der Magistratsrätschöffen lagen 3 Vorschläge vor. — Die Abstimmung ergab 2 Sitze für die NSDAP, 1 Sitz für das Zentrum und 1 Sitz für die SPD. Gewählt sind von der NSDAP Kaufmann W. Pfeiffer und Kaufmann G. Kaufmann, vom Zentrum Chemiker Dr. Carl Horst und von der SPD Fabrikarbeiter W. Günther. Anschließend hieran nahm der Herr Bürgermeister die Berechtigung der neuen Magistratsmitglieder vor. Zu Punkt 2 der Tagesordnung Wahl des Stadtverordneten-Vorsitzenden und dessen Stellvertreters beantragte Josef Meyrer (NSDAP), Aufsetzung der Wahl des Ersteren bis zur nächsten Sitzung, weil die NSDAP hierfür einen der nachrückenden Stadtverordneten in Vorschlag bringen will. — Für das Amt des Stadtverordneten-Vorsitzenden schlägt er Wilh. May (Bürgerl. Vereinigung) vor. Da sich kein Widerspruch erhebt, erklärt sich die Versammlung mit beiden Anträgen einverstanden. Bürgermeister Meyrer überreicht hierauf dem neugewählten Stadtverordneten-Vorsitzenden den Vorschlag, Stadtverordneter Kaufmann stellte hierauf den Antrag:

dem Reichspräsidenten von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler die Ehrenbürgerrechte der Stadt Hofheim a. L. zu verleihen

und diesen Antrag als dringlich auf die Tagesordnung zu setzen. Gegen den Dringlichkeitsantrag erhebt sich kein Widerspruch. Ein nach erfolgter Abstimmung vom Stadtverordneter Günther (SPD) erhobener Einwand, daß das Ergebnis der Abstimmung über diesen Antrag auf

eine Meinungsverschiedenheit zurückzuführen sei, wird vom Stadtverordneten-Vorsitzenden und dem Stadtv. Kaufmann (NSDAP) zurückgewiesen.

Für die Wahl des Schriftführers und dessen Stellvertreters werden zwei Vorschläge eingebracht. Widerspruch ergab sich nicht, jedoch gewählt sind: als Schriftführer Wilh. Mattnus und als Stellvertreter Dr. W. Gähde (NSDAP).

Nun erfolgten die Wahlen zu den einzelnen Kommissionen. — Hierauf wurde über den Dringlichkeitsantrag der NSDAP, abgestimmt. Stadtvord. Meyrer (SPD) erklärte, seine Fraktion sei nicht auf den unerwarteten Antrag vorbereitet und könne vor einer weiteren Besprechung hierzu keine Stellung nehmen. Hierauf beantragte Stadtvord. Westerberger (Bürgerl. V.) der SPD, 15 Minuten Zeit zur Besprechung zu geben. Dies wurde seitens der SPD, abgelehnt mit der Erklärung, daß die sozialdemokr. Fraktion sich der Stimme enthalte. Stadtvord. Schullenberg (Ztr.) verlangte unter lebhaften Pfuirufen der Tribüne und des Saales geheime und getrennte Abstimmung über das Ehrenbürgerrecht unseres Volkslanzlers Adolf Hitler und des greifen Feldmarschalls von Hindenburg. Dies zeigt wiederum einmal die hinterhältige Politik des Zentrums, welche scheinbar noch immer nicht die Zeichen der Zeit zu verstehen scheint und glaubt seine bisherige Verdrückung mit der SPD, auch weiterhin forsetzen zu können. Daß die NSDAP, und die Bürgerliche Vereinigung nicht geneigt sind, diese Art von Kompromissen zwischen Zentrum und Sozialdemokraten ruhig hinzunehmen, beweisen ihnen die Worte des Stadtv. Gg. Kaufmann (NSDAP), der kurz aber scharf mit der SPD, abrechnet.

Daß die SPD, vor dem Deutschanhieb den Saal verließ zeigte, die nach wie vor, internationale Einstellung dieser Herren. Das Zentrum schloß sich diesem Verhalten durch Weggang vor Absingen des Freiheiteliedes würdig an.

Die öffentl. Abstimmung ergab 8 Stimmen (NSDAP, und Bürgerl. Vereinigung) gegen 4 Stimmen (Zentrum), für den Antrag der NSDAP, bei 4 Stimmen Enthaltung der sozialdemokratischen Fraktion.

Reichspräsident v. Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler sind somit Ehrenbürger der Stadt, Gemeinde Hofheim am Taunus.

Hofheimer Zeitung
1.4.1933

Am 5. September 1946 wurden Hitler die Ehrenbürgerrechte einstimmig wieder aberkannt.

Ausschaltung der Opposition

Ziel der NSDAP war die uneingeschränkte Herrschaft. Das bedeutete zuerst die Ausschaltung jeglicher politischer Opposition, deren Verfolgung, Isolierung und Diffamierung. Hauptgegner waren KPD, SPD und die Gewerkschaften.

Den Brand des Reichstages am Abend des 27. Februar 1933 erklärten die Nationalsozialisten zum Beginn eines kommunistischen Umsturzversuches. Mit der Verabschiedung der sog. „Reichstagsbrandverordnung“ schufen sie ein, dem Anschein nach, legales Instrument die demokratischen Grundrechte massiv einzuschränken: Das Recht der persönlichen Freiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit.

Alle Parteibüros der KPD wurden geschlossen, sämtliche Zeitungen der Kommunisten, viele Zeitungen der SPD und Gewerkschaften verboten. Das gleiche galt für Versammlungen und Kundgebungen dieser Organisationen.

Die Möglichkeit der Verhängung der sog. „Schutzhaft“ ohne Haftbefehl und auf unbestimmte Zeit wurde zu einem vielgenutzten Repressionsmittel. Der Wahlkampf der Arbeiterparteien für die Reichstagswahlen am 5. März 1933 wurde dadurch massiv behindert.

In Hofheim denunzierten überzeugte Nationalsozialisten/innen politische Gegner:

- Der Arbeiter Wilhelm Fritz wurde verhaftet, weil er Flugblätter der SPD in den Briefkasten einer überzeugten Nationalsozialistin geworfen hatte. Er blieb bis nach den Wahlen für insgesamt drei Tage in Haft.
- Der Vorsitzende der KPD-Hofheim, Karl Schuhmann, die Mitglieder Adolf Braun und Richard Kulosa wurden einen Tag zuvor von einem SA-Mann beschuldigt, Flugblätter verteilt zu haben. Auch sie blieben bis zum 7. März in Haft.

Nach den Wahlen und dem Sieg der NSDAP folgte am 24.3.1933, lediglich gegen die Stimmen der SPD, das „Ermächtigungsgesetz“. Damit war es der Regierung Hitler möglich, Gesetze ohne das Parlament und ohne Rücksicht auf die Verfassung zu beschließen.

Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ konnten politisch missliebige Beamte aber auch Angestellte des öffentlichen Dienstes jederzeit entlassen werden:

- Albert Hild aus Fischbach, SPD-Mitglied seit 1927, der ab 1936 in Hofheim lebte, wurde am 30. April 1933 von der Kreisverwaltung entlassen, da von ihm ausgeführte Arbeiten angeblich beendet seien. Landrat Dr. Janke stellte die Rücknahme der Kündigung in Aussicht, wenn er einer NS-Organisation beiträte. Hild lehnte ab.
- Franz Krebs, SPD-Stadtverordneter in Hofheim, wurde ebenfalls aus politischen Gründen am 6. Juni 1933 aus dem Eisenbahndienst entlassen und blieb danach 3 Jahre arbeitslos.

Beim Amtsantritt Hitlers bestand das Deutsche Reich aus 17 Ländern mit eigenen Parlamenten und Regierungen, mit dem Recht Gesetze zu beschließen und der Polizeihöhe. Mit dem „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches“ am 30.1.1934 wurden die Länder und Gemeinden der zentralen Reichsgewalt unterstellt.

Das Ende der Hofheimer Gemeindevertretung

Nach den Kommunalwahlen am 12. März 1933 stellte die NSDAP mit 6 Sitzen die stärkste Partei.

Eine Ausschaltung der Opposition erfolgte bereits in der Stadtverordneten-Sitzung am 5. Mai 1933. Sie fand öffentlich im „Pfälzer Hof“ unter großem Publikumsandrang und Beteiligung zahlreicher SA-Leute statt.

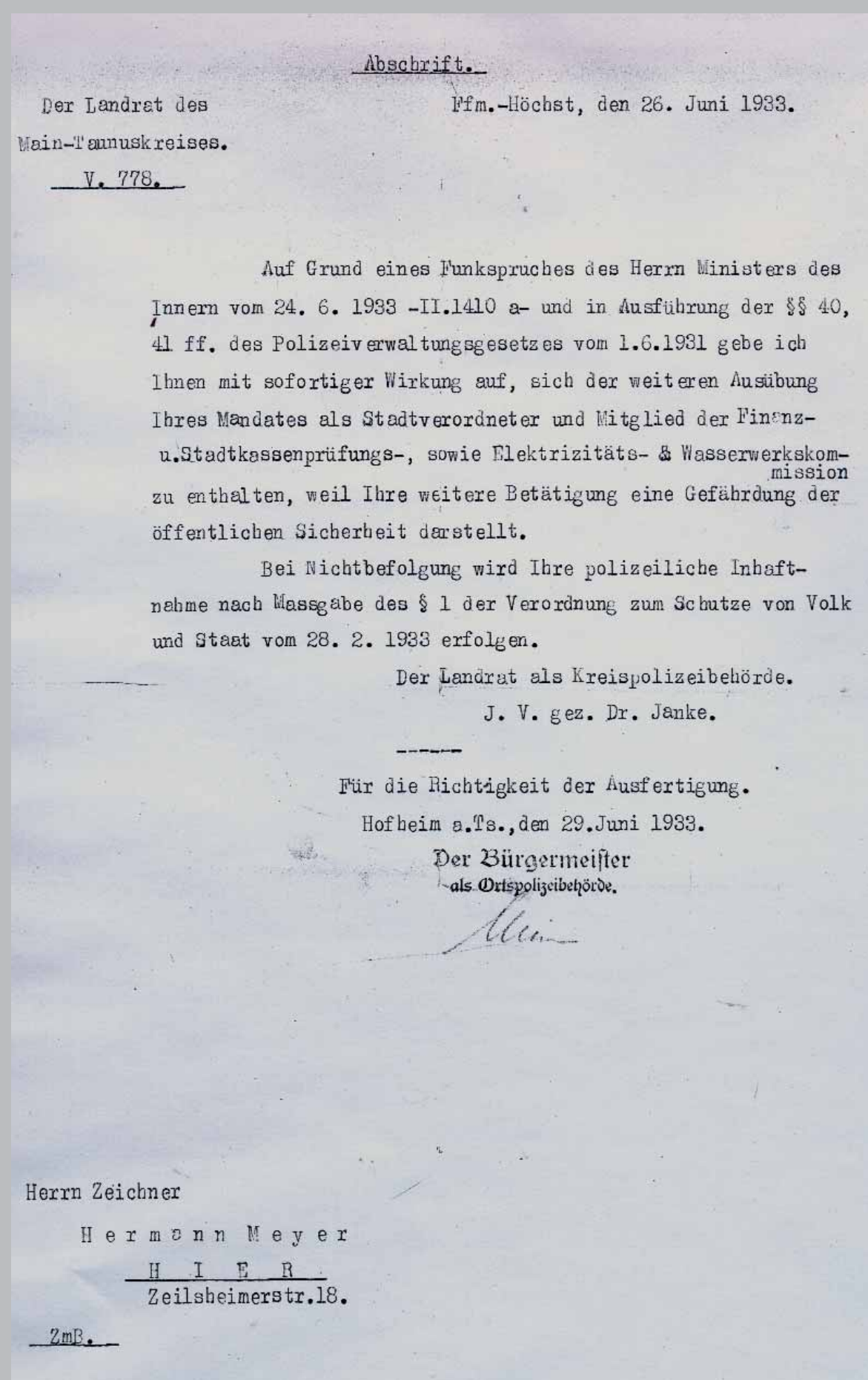
Stadtverordneter Josef Messer (NSDAP) verlangte von der SPD-Fraktion Rechenschaft darüber, warum sie nicht ihrer „Ehrenpflicht“ genügt hätten, an den offiziellen Feierlichkeiten zum 1. Mai teilzunehmen. SPD-Stadtverordneter Meyer erklärte, an einer Feier im Betrieb teilgenommen zu haben, zu weiterem fühle er sich nicht verpflichtet. Dies lieferte den Vorwand, die SPD-Fraktion für einen Monat von den Sitzungen auszuschließen.

Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten und allen Mandatsträgern die Ausübung ihres Amtes untersagt. Man begnügte sich nicht mit der Amtsenthebung, die Mandatsträger hatten sich außerdem täglich auf der lokalen Polizeiwache zu melden.

Die Zentrumspartei löste sich unter dem massivem Druck am 5. Juli 1933 auf, daraufhin legten die Stadtverordneten der Zentrums-Fraktion in Hofheim ihr Mandat nieder. Ab 14. Juli war die NSDAP per Gesetz die einzige zugelassene Partei.



Der ehemalige Hofheimer Stadtverordnete Hermann Meyer, 1944



Schreiben des Landrates Dr. Janke an Hermann Meyer zwecks Entbindung von dem Mandat als Stadtverordneter

Ämtliche Nachrichten
Stadtverordneten-Wahl

Die am 12. ds. Mts. stattgehabte Wahl von 16 Stadtverordneten für die Stadt Hofheim a. Ts. hatte folgendes Ergebnis:

Von 3099 gültig abgegebenen Stimmen haben erhalten:

Wahlvorschl. 1	Nationalsoz. Deutsche Arb.-Part.	1059 St.
" 2	Sozialdemokrat. Partei Deutschl.	649 "
" 3	Kommunistische Partei Deutschl.	162 "
" 4	Deutsche Zentrumspartei	797 "
" 18	Bürgerliche Vereinigung	425 "
" 19	Parteilose, Arbeitnehmer, Angest. und Gewerbetreibende	7 "

Bei Verteilung der 16 Stadtverordnetensitze auf Grund der Verhältniswahl entfallen auf:

Wahlvorschlag 1	Nationalsoz. Deutsche Arbeiterp.	6 Sitze
" 2	Sozialdemokrat. Part. Deutschl.	4 "
" 4	Zentrumspartei	4 "
" 18	Bürgerliche Vereinigung	2 "

Es sind somit folgende Personen gewählt:

a) vom Wahlvorschlag 1 **Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei** :

1. Kaufm. Angestellter Wilhelm Pfeiffer, Niederhofheimerstraße 13
2. Schlossermeister Josef Messer, Hauptstraße 27
3. Arbeiter Wilhelm Schröder, Hauptstraße 53
4. Kaufmann Georg Kaufmann, Hauptstraße 2a
5. Arbeiter Heinrich Börgardt, Mühlgasse 1
6. Polizei-Hauptmann a. D. Milo Hartmann, Schillerstraße 9

b) vom Wahlvorschlag **Sozialdemokrat. Partei Deutschlands** :

1. Zeichner Hermann Meyer, Zellsheimerstraße 18
2. Fabrikarbeiter Nikolaus Sünner, Elisabethenstraße 11
3. Eisenbahnarbeiter Franz Krebs, Quäkerstraße 7
4. Glaser Fritz Seifert, Mainstraße 5

c) vom Wahlvorschlag der **Zentrumspartei** :

1. Chemiker Dr. Horst, Marzheimerstraße 27
2. Schlosser Josef Lang, Staufstraße 5
3. Landwirt Georg Bohmann, Niederhofheimerstraße 35
4. Maschinenseher Josef Schullenberg, Hattersheimerstraße 4

d) vom Wahlvorschlag der **Bürgerlichen Vereinigung** :

1. Oberpostinspektor Wilhelm May, Vinzenzstraße 9
2. Bautechniker Jakob Westenberger, Mainstr. 6

Wir bringen das Ergebnis hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Einprüche gegen die Gültigkeit der Wahl können innerhalb 2 Wochen vom Tage der Bekanntmachung ab gerechnet beim Magistrat angebracht werden. (vergl. § 6 des Gesetzes vom 12. 2. 1924 und § 80 der Gemeindewahlordnung vom 25. 7. 1929).
Hofheim a. Ts., den 15. März 1933
Der Magistrat: Meyer.

Hofheimer Zeitung
15.3.1933

Das am 15. 12. 1933 erlassene neue „Gemeindeverfassungsgesetz“ verfügte, dass gemäß dem „Führerprinzip“ der Bürgermeister der ausschließliche verantwortliche Leiter der Ortsbehörde war. Aus den Wahlen hervorgegangene Vertretungskörperschaften wurden abgeschafft, stattdessen wurden in Abstimmung mit dem Gauleiter „Ratsherren“ bestimmt, die den Bürgermeister in nicht öffentlichen Sitzungen berieten. Der oberste politische Leiter der Partei und der Führer der SA oder der SS zählten kraft ihres Amtes automatisch zu den „Ratsherren“.

Bürgermeister im Nationalsozialismus

Während für die Neubesetzung von kommunalen Spitzenpositionen, d.h. Oberbürgermeister von Großstädten, in der Regel überzeugte Nationalsozialisten ausgewählt wurden, war in den kleinen Gemeinden die Parteimitgliedschaft nicht ausschlaggebend. Oft verfügte die NSDAP nicht über geeignete Kandidaten und auswärtige Parteileute konnten für diese Aufgabe nicht eingesetzt werden. Die Mindestanforderung war die Bereitschaft mit den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten.

Im Main-Taunus-Kreis wurden bis zum 11. April 1933 in dreizehn Gemeinden die bisherigen Bürgermeister ersetzt.

In Diedenbergen wurde der SPD-Bürgermeister Heinrich Schlüter aus dem Amt vertrieben und am 1. April 1933 durch Joseph Wenger als kommissarischen Bürgermeister ersetzt.

In Wildsachsen stand der spätere NSDAP-Ortsgruppenleiter Theodor Sebastian als Bürgermeister der Gemeinde vor.

In Wallau konnte Wilhelm Fein den bis dahin amtierenden Bürgermeister Emil Göller am 1. April 1933 durch Losentscheid schlagen, nachdem beide jeweils sechs Stimmen auf sich vereinigt hatten.

In Lorsbach behielt der bereits vor der Machtübernahme amtierende Bürgermeister Christian Els das Amt bis 1944.

In Langenhain war Christian Capelle mindestens von 1933 bis 1945 Bürgermeister. Nach dem Krieg schlug eine Versammlung von Bürgern, die nicht der NSDAP angehört hatten, unter der Leitung des als Kommunisten verfolgten Karl Degener vor, ihn im Amt zu belassen, „da er die Gemeinde nicht nach einseitigen nationalsozialistischen Gesichtspunkten leitete, sondern nur die Gemeindeinteressen zum Wohle aller vertreten“ habe. (HHStA Abt. 656, Nr. 1532)

In Marxheim übte Georg Westenberger bis zur Eingemeindung der Ortschaft nach Hofheim (1938) das Amt des Bürgermeisters aus.

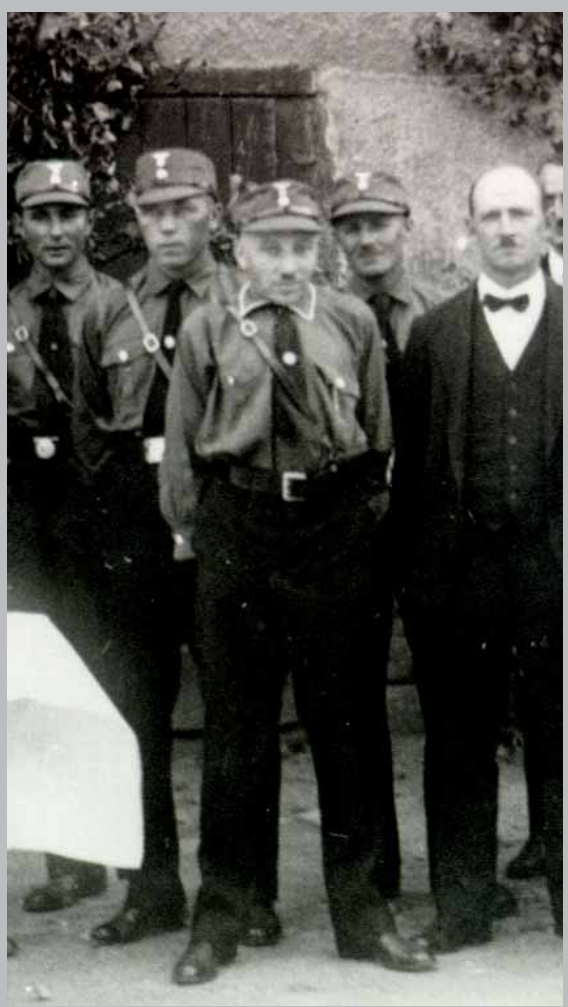
In Hofheim übte Oskar Meyrer das Bürgermeisteramt seit 1920 aus. In seiner bereits 13-jährigen Dienstzeit (bis 1933) hatte er sich große Verdienste um die Stadt erworben und erfreute sich eines entsprechenden Ansehens in der Bevölkerung. Zu seinen Verdiensten gehörten: die Gründung der A.G. für Kleinwohnungsbau, der Ausbau der Kanalisierung und des Straßennetzes, die Versorgung der Stadt mit Gas, sowie der Bau der Volksschule mit Volksbad und die Erweiterung des Marienheimes. Da die NSDAP in Hofheim nur wenig Rückhalt hatte, wäre es von den neuen Machthabern unklug gewesen, den beliebten und kompetenten Bürgermeister zu entlassen. Da er die Bereitschaft zeigte mit den Nationalsozialisten zusammenzuarbeiten, bestand dafür auch kein Grund.

In seiner Funktion als Ortspolizeibehörde hatte er auch für die Umsetzung gesetzlich bestimmter Maßnahmen der übergeordneten Polizeibehörde zu sorgen. Dies umfasste die Überwachung politisch „unzuverlässiger“ Personen, Durchführung von Ermittlungen bei Verdacht auf politische Vergehen sowie die Umsetzung von Maßnahmen gegen Juden.

Oskar Meyrer war nicht Mitglied in der NSDAP, war aber auch kein ausdrücklicher Gegner der Partei. Eine offene Distanzierung hätte den Verlust seines Amtes bedeutet.

Er starb am 1. August 1942 nach einer Operation im Alter von 58 Jahren.

Der Wallauer Bürgermeister Wilhelm Fein im Vordergrund, Bildmitte, 1933



Christian Els, Bürgermeister von Lorsbach



Der Langenhainer Bürgermeister Christian Capelle in Uniform bei der Musterung, 1935



Musterung in Marxheim mit OGL Ludwig Kaufmann und Bürgermeister Georg Westenberger in Uniform, vermutl. 1935



Der Hofheimer Bürgermeister Oskar Meyrer beim Aufmarsch zum 1. Mai 1934

Die Bedeutung der NSDAP

Durch die Politik der Regierung Hitler im Jahre 1933 wurde die National-Sozialistische-Deutsche-Arbeiter-Partei (NSDAP) innerhalb kürzester Zeit zur einzig zugelassenen Partei in Deutschland.

Sie wurde eines der bedeutendsten Werkzeuge zur Ausübung und Erhaltung der Macht im nationalsozialistischen Staat. Dies gelang nicht nur durch die Zahl der Mitglieder – 1945 waren es 8,5 Millionen – sondern durch einen hierarchischen Aufbau, der es ermöglichte, für jede Organisationseinheit bis hinunter zum nur wenige Familien umfassenden „Block“ einen „Politischen Leiter“ für die Erfassung, Überwachung und Beeinflussung der dazugehörigen Menschen verantwortlich zu machen.

Darüber hinaus war das gesamte soziale Leben der Menschen von den parteizugehörigen Organisationen wie SA, SS, NS-Frauenschaft und Hitlerjugend und den sog. „angeschlossenen Verbänden“ wie etwa Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) und Deutsche Arbeitsfront (DAF) durchdrungen. Diese sollten die traditionellen Institutionen verdrängen und ersetzen.



Das Hofheimer Rathaus mit Wahlplakaten und Hakenkreuzfahnen anlässlich der „Reichstagswahlen“ am 29. März 1936. Hitler ließ sich seine Politik der Wiederaufrüstung und Brechung internationaler Verträge mit 99% der Stimmen bestätigen. Auf dem Wahlplakat heißt es: „Der Führer sichert uns Haus, Hof, Ehre, Frieden. Wir schützen sein Friedenswerk durch unsere Stimme.“

Der beeindruckende Erfolg der Partei in den Märzahlen 1933 hatte im gesamten Deutschen Reich zu einem großen Andrang der Bewerber um die Mitgliedschaft geführt.

Im Rahmen der groß inszenierten Feierlichkeiten zum 1. Mai 1933 erfolgten massenweise Neuaufnahmen, die im Frühsommer 1933 zu einer Aufnahmesperre führten. Die Anwärter mussten sich nun zunächst bewähren und wurden dann im Zwei-Jahres-Turnus als besondere Auszeichnung in die Partei aufgenommen.

Allerdings erwartete man von bestimmten Berufsgruppen – wie etwa den Beamten – , dass sie die Parteimitgliedschaft beantragten.

1939 änderte sich die Aufnahmepraxis abermals, um dem von Hitler ausgegebenen Ziel gerecht zu werden: 10 % als Anteil von Parteimitgliedern an der Gesamtbevölkerung. Das führte in Städten und Dörfern zu Sammeleinritten und zur Aufnahme ganzer Jahrgänge.



Sturmabteilung(SA), Sturm 33 beim Aufmarsch zum 1. Mai, vermutl. 1933

Die NSDAP in Hofheim

Über die Entstehung der Parteiorganisation lassen sich aufgrund der fehlenden Quellen kaum Aussagen treffen. Zumindest für Hofheim ließ sich ermitteln, dass der erste Ortsgruppenleiter, Hans Julius Wirth, am 1. August 1930 den ersten Stützpunkt der Partei gründete. Er verstarb am 5. September 1934 und erhielt aufgrund seiner Verdienste ein städtisches Urnengrab.

Zu den Überlieferungssplittern gehört die nachstehende Tabelle der Mitglieder vom 18.7.1939, gezählt nach Haushaltungen (ein „Block“ konnte 40-60 Haushaltungen umfassen).

NSDAP-Mitglieder 1939

Gemeinde/ Ortsgruppe	Einwohner 1939	NSDAP-Mitglieder absolut 1939	Anzahl der Haushaltungen	NSDAP-Mitglieder in % der Einwohner
Diedenbergen	1127	38	320	3,3
Hofheim	7562 (1933 ohne Marxheim: 5430)	310	1700	(ca. 5,7)
Langenhain	788	63	102	7,9
Lorsbach	1444	105	455	7,3
Marxheim	(1933: 1775)	26	481	(ca. 1,5)
Wallau	1020	51	260	5
Wildsachsen	318	15	80	4,7



Wahlplakate und Fahnen zur Wahl 1936 in Langenhain.
Das Spruchband über der Tür lautet:
„Waffenloses Deutschland = Not - Waffenstarkes Deutschland = Brot“

Das Erreichen der 10%-Marke lässt sich aufgrund der Quellenlage nur für die Gemeinden Wallau und Langenhain angeben.

Danach waren in Wallau 1945 zum Kriegsende 124 Personen Parteimitglieder (1939: 51) oder auf die Einwohnerzahl von 1939 bezogen 12,2 %. In Langenhain lag der Anteil der NSDAP-Mitglieder mit 122 Personen oder 15,5% noch höher. Da die Geburtsdaten aufgeführt sind, lassen sich Rückschlüsse auf den Parteieintritt ziehen bei dem das 18. Lebensjahr vollendet sein musste. Allein der Jahrgang 1927, der rechnerisch erst 1945 aufgenommen worden sein konnte, ist elfmal vertreten.

Die Ortsgruppenleiter

Der höchste politische Leiter vor Ort war der jeweilige Ortsgruppenleiter (=OGL). Ihm stand in der Regel ein Stab von OG-Amtsleitern bei der Bewältigung der politischen und der Verwaltungsaufgaben zur Seite. Die Ämter, Kasse und Hilfskasse, Schulung und Propaganda mussten ständig besetzt sein. Da in kleinen Ortsgruppen die Personaldecke der Partei dünn war, konnten Ämter in Personalunion übernommen werden. Eine Ausnahme bildete das Kassenleiteramt, das ausdrücklich nicht vom Ortsgruppenleiter selbst übernommen werden durfte.

In drei Gemeinden war dieser Posten durchgängig mit einer Person besetzt, so in Hofheim mit Georg Kaufmann, in Wildsachsen mit Theodor Sebastian, in Marxheim mit Ludwig Kaufmann.

Wahllokal in der Marxheimer Schule zu der Wahl 1936, rechts außen OGL Ludwig Kaufmann



In Lorsbach wurde der Ortsgruppenleiter Dr. Emil Scheller 1940 von Manfred Müller abgelöst. Dieser zog zwei Jahre später die Kritik der Kreisleitung auf sich, da er eine Parteiversammlung nicht mit dem geforderten Elan organisiert hatte:

„Die Veranstaltung ist in jeder Hinsicht als durchaus schlecht zu bezeichnen. Schon die Aufmachung des Saales war vollkommend unzureichend, lt. beiliegender Skizze. Es ist natürlich ein Unding einen Saal in der Quere aufzumachen. Ortsgruppenleiter Müller ließ die Ortsgruppenfahne von SA-Leuten bringen, da nur ein uniformierter Parteigenosse anwesend war. Die musikalische Umrahmung wurde von einem falschspielenden Klavierspieler auf einem unglaublich verstimmten Klavier in Begleitung eines Schlagzeugspielers ausgeführt. Die einführenden Worte des Ortsgruppenleiters (Appell wegen Spinnstoffsammlung usw.) waren farblos. Die Besucher setzten sich zusammen aus 30 Parteigenossen, etwa 15 Frauen der Frauenschaft, etwa 10 Mädels des BDM und 4-5 Hitler-Jungen, war also äußerst dürftig. Nach dem Referat schloss der Ortsgruppenleiter mit dem Gruß an den Führer und den Liedern der Nation und schloss die Versammlung, er vergaß den Fahnenmarsch, den er auf Mahnung von Parteigenossen dann nachholen musste. In einer Ortsgruppe wie Lorsbach müsste ein derartiger Generalmitgliederappell völlig anders aufgezogen werden und zwar hinsichtlich der Saaleinteilung, Propaganda und auch des Inhalts der Worte des Ortsgruppenleiters. Es fehlen m.E. dem derzeitigen Ortsgruppenleiter Müller die propagandistischen Fähigkeiten, es geht ihm auch der notwendige innere Schwung ab um vor allen Dingen die Parteigenossenschaft herbeizubringen und mitzureißen.“

(HHStA, Abt. 483, Nr. 2949, Bl. 97)

Nur wenige Monate später wurde OGL Müller aufgefordert „aus gesundheitlichen Gründen“ sein Amt niederzulegen. Sein Nachfolger wurde Parteigenosse (Pg.) Fritz Illgen.



Der Hofheimer OGL Georg Kaufmann am Rednerpult anlässlich der Pflanzung der Adolf-Hitler-Linde am „Deutschen Tag“, 22. April 1934

Der Leiter der Ortsgruppe Hofheim: Georg Kaufmann

Georg Kaufmann wurde am 18. Juli 1898 in Heinebach geboren. Er lebte seit November 1921 in Hofheim. 1932 trat er in die NSDAP ein und löste ein Jahr später Hans-Julius Wirth als Leiter der Ortsgruppe ab. Seit dem 1. Mai 1933 leitete er die Ortsgruppe Hofheim. In die letzte 1933 gewählte Stadtverordnetenversammlung zog er als Vertreter der NSDAP ein. Spätestens seit 1939 hatte er das Amt des Beigeordneten inne. Mit dem Tod von Bürgermeister Meyrer übte er fortan dessen Amt in Vertretung aus. Er wurde zum eigentlichen „Leiter der Gemeinde“.

Von den US-Behörden wurde er nach dem Krieg als einer der Hauptverantwortlichen eingestuft:

„Kaufmann, Georg ist als Ortsgruppenleiter und späterer Bürgermeister für alles verantwortlich, was sich in politischer Beziehung in Hofheim ereignete. Er gilt als Wegbereiter des Nazismus. Er hat eifrige Agitation für die Kirchnaustritte getrieben und Parteimitglieder nicht nur hierzu aufgefordert, sondern auch unter Druck gesetzt. Sein Auftreten war stets das eines Herrenmenschen. ...“ (HHStA, Abt. 520, Nr. FZ 4964, Bl. 2)

Tatsächlich finden sich Belege dafür, dass OGL Kaufmann die antikirchliche Politik auch in Hofheim umzusetzen suchte. Erklärte Gegner des Nationalsozialismus verfolgte er allem Anschein nach schonungslos. In einem Schreiben an die Kreisleitung (31.8.1933) empfiehlt er die Einweisung von Adolf Braun in ein KZ:

„... Zur Sicherheit der hiesigen Parteigenossenschaft wird empfohlen den Kommunisten Braun in ein Konzentrationslager zu schaffen. Bei der Haussuchung wurde bei diesem ein Totschläger vorgefunden und ist B. als einer der größten Raufbolde hier bekannt. Heil Hitler ...Ortsgruppenleiter“ (HHStA, Abt. 520, Nr. FZ 4964, Bl. 36)

Dennoch teilen Zeitzeugen nicht alle negativen Beurteilungen. So half er u.a. einer jungen Frau bei der Lehrstellensuche und verhinderte – nach Aussagen von Zeitzeugen - im Februar 1944 die Einberufung 14-jähriger Jungen zur Flak.

1947 wurde Georg Kaufmann zu vier Jahren Arbeitslager verurteilt und erst 1956 auf dem Gnadenwege vom Hessischen Ministerpräsidenten in die Gruppe der Mitläufer eingereiht.

Die Hitlerjugend

Im der NS-Ideologie kam der Jugend eine besondere Bedeutung zu. Zum einen galt sie als Verkörperung von Gesundheit und Stärke, den zentralen Eigenschaften des nationalsozialistischen „Herrenmenschen“. Jugend, Fortschritt und Zukunft wurden propagandistisch mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt.

Zum anderen war es für die Verwirklichung des totalitären Machtanspruches der Nationalsozialisten unerlässlich, gerade die Jugend zu kontrollieren, zu beeinflussen und für eine langfristige Machtsicherung zu gewinnen.

Unter der Oberbezeichnung „Hitlerjugend“ war die gesamte Jugendorganisation der NSDAP zusammengefasst. Sie bestand aus:

- Jungmädelsbund, 10 bis 14 Jahre
- Jungvolk, 10 bis 14 Jahre
- Bund Deutscher Mädel (BDM), 14 bis 18 Jahre
- HJ (Hitlerjugend), Jungen von 14 bis 18 Jahren



Wallauer „Pimpfe“ heben die Hand zum Hitlergruß. Im Hintergrund ist ein Wahlplakat der NSDAP zu sehen, dass die SPD angreift. Das Foto muss also spätestens 1933 entstanden sein.



Mitglieder des Jungvolks in Wildsachsen. Die Uniform als Ausdruck der Zugehörigkeit wurde nicht nur von Seiten der Hitlerjugend gefordert, sondern war auch von den Jugendlichen erwünscht. Da sie aber von den Eltern selbst bezahlt werden musste, war die Anschaffung nicht immer möglich. Auf diesem Bild von 1933 tragen einige der Jungen noch keine Uniform.

Der Eintritt in die Hitlerjugend war auch für die Hofheimer Kinder und Jugendlichen verpflichtend. Um nicht länger Außenseiter zu sein, traten auch Kinder aus oppositionell eingestellten Familien ein. Das Tragen der Uniform hatte dabei einen hohen Stellenwert. Eine Bestrafung bei Fehlverhalten war z.B., dass beim BDM den Mädchen verboten wurde, das zur Uniform gehörige Zipfeltuch zu tragen. Dies glich einer Brandmarkung gegenüber der Gruppe. Kinder aus religiösen christlichen Familien erlebten den Konflikt zwischen NSDAP und Kirche mit besonderem Unbehagen. Sie mussten, nachdem sie selbst am Frühgottesdienst teilgenommen hatten, durch lautes Singen vor der Kirche den nachfolgenden Gottesdienst stören.

Es war das vorrangige Ziel, die Hitlerjugend zur einzigen Jugendorganisation im Deutschen Reich zu machen. In den Jahren nach 1933 wurden nahezu alle Jugendverbände aufgelöst – viele durch Verbot, andere traten freiwillig zur Hitlerjugend über. Die kirchlichen Organisationen blieben vorerst bestehen, doch 1939 wurden die letzten konkurrierenden Jugendverbände, die der katholischen Jugend, verboten.

Der Dienst in der Hitlerjugend bestand vor allem aus wöchentlichen Heimabenden und Sportnachmittagen. In größeren Abständen gab es Sportfeste und Tagesfahrten und einmal im Jahr ein 10-tägiges Freizeitlager. Für die Jugendlichen waren dies oft schöne Erlebnisse von Gemeinschaft und Abenteuer, die ihnen positiv in Erinnerung geblieben sind. Allerdings war die Freizeit straff organisiert und glich bei den Jungen einer vormilitärischen Ausbildung mit Flaggenappellen, Ordnungsappellen zur Kontrolle der Uniform, Geländeübungen, Kartenlesen, Schießen, Sport und weltanschaulicher Schulung.

Der BDM-Dienst beinhaltete den Rollenvorstellungen entsprechend Beschäftigungen wie Basteln, Singen und Handarbeiten im Hinblick vor allem auf die den Mädchen zugedachte „Mission als Mutter“. Allerdings wurde auch hier Wert auf Disziplin und sportliche Leistungen gelegt.

Während des Krieges wurden alle Jugendlichen zum „Kriegseinsatz der Hitlerjugend“ herangezogen. Dieser Einsatz umfasste die Altmaterial-, Altkleider- und Kräutersammlung, das Einsammeln von Kartoffelkäfern und Erntehilfe. Später wurden die Jungen auch als Flakhelfer eingesetzt.

Doch die attraktiven Seiten des Dienstes hinterließen meist positive Erinnerungen.



In der Hitlerjugend galt das Prinzip: „Jugend soll von Jugend geführt werden.“ Die Jugendlichen auf diesem Foto waren Führer von HJ und Jungvolk aus Wildsachsen. Bis auf einen von ihnen sind alle im Zweiten Weltkrieg gefallen



Jungmädels und BDM in Langenhain 1936. Die Uniform der Mädchen sollten alle tragen, musste aber selbst bezahlt werden. Sie bestand aus weißer oder silbergrauer Bluse, blauem Rock, Halstuch und Lederknoten. In den ersten Jahren des BDM trug man außerdem eine Trachtenjacke oder eine braune Jacke, auch als Kletterweste bezeichnet, später eine blaue Jacke.

Adolf Hitler sandte unmittelbar nach seinem Amtsantritt als Reichskanzler versöhnliche Botschaften an die Kirchen. Er sicherte in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 zu, die Rechte der Kirchen nicht anzutasten. Daraufhin zogen die Bischöfe die allgemeinen Verbote für Katholiken zurück und ersparten so ihren Gläubigen eine Entweder-oder Entscheidung. Man einigte sich darauf, dass sich der Klerus jeglicher politischer Aktion enthalten sollte. Im Gegenzug sicherte die Regierung die freie und ungehinderte Betätigung der Kirche zu und garantierte den Erhalt katholischer Verbände.

Die zugesagten Freiheiten waren jedoch nicht

von langer Dauer. Bereits ab August 1933 bekamen dies katholische Jugendverbände deutlich zu spüren.

Im Regierungsbezirk Wiesbaden wurde der katholischen Jugend jedes öffentliche Auftreten verboten und 1935 die Tätigkeiten ausschließlich auf den innerreligiösen Bereich eingeschränkt.

In Hofheim wurden alle Tätigkeiten misstrauisch überwacht. Auf Anordnung der Gestapo sandte Bürgermeister Meyrer regelmäßig Namenslisten der Teilnehmer an Exerzitien in Hofheim an den Landrat. In Marxheim wurden SA-Treffen sonntags angesetzt, wenn Gottesdienst war, um die Menschen vom Kirchgang abzuhalten.

Die Bekennende Kirche

1932 entstand unter dem Einfluss der NSDAP eine Glaubensbewegung innerhalb der Evangelischen Kirche, die sich „Deutsche Christen“ nannte und das Ziel verfolgte, die 28 Landeskirchen in einer „Reichskirche“ unter einer zentralen Leitung zu vereinigen. Es entstand innerhalb der Evangelischen Kirche ein Kampf, der vor allem gegen diesen Einfluss gerichtet war.

Die Anhänger der Bekennenden Kirche verstanden ihren Widerstand nicht unbedingt als politisch, den meisten ging es um die Wahrung ihrer religiösen Werte und den Bestand der Kirche als eigenständige Institution.



Der Diedenberger
Pfarrer Nixdorff
mit Ehefrau Martha
ca. 1930

Der in Diedenbergen tätige Pfarrer Alfred Nixdorff wurde in der Gemeinde sehr geschätzt. Seine deutsch-nationale Einstellung als Freiwilliger und Offizier im Ersten Weltkrieg ließen ihn zunächst die Regierung Hitler begrüßen. Doch bereits mit Beginn des Kirchenkampfes 1934 stellte er sich an die Seite der Bekennenden Kirche.

Im Oktober 1934 folgten 90 % der Gemeindeglieder einem Beschluss des Kirchenvorstandes, die Kirchengemeinde Diedenbergen der Bekenntnissynode zu unterstellen. Das Mitteilungsblatt der Bekenntnissynode wurde im Hause Nixdorff hergestellt und die Druckerpresse anschließend, falls die Gestapo zur nächtlichen Hausdurchsuchung erscheinen würde, im Ort versteckt. Verteiler des Rundbriefes waren u.a. die spätere Stadtverordnetenvorsteherin in Hofheim, Frau Ketzer, und das spätere Magistratsmitglied Heinrich Wichmann aus Marxheim. Zu einem öffentlichen Konflikt kam es, als Pfarrer Nixdorff die Wallauer Konfirmanden von Vikar Linke - ebenfalls Mitglied der Bekennenden Kirche und in den Westerwald strafversetzt – auf Wunsch der Eltern übernehmen sollte. Es endete ebenfalls mit seiner Versetzung in den Westerwald und schließlich der Sperrung seines Gehaltes. Nur durch die Naturalienzuwendungen der Gemeinde und die Unterstützung des Pfarrernotbundes konnte seine Familie ernährt werden.

Die offenen Widerstände vererbten in dem Maße wie die Repressionen verschärft wurden. Redeverbote, Aufenthaltsverbote und Verhaftungen nahmen zu.

So wurde Pfarrer Nixdorff bereits einige Tage vor Kriegsbeginn zum Militärdienst eingezogen und kehrte erst 1945 zurück.

Im Gebiet des heutigen Hofheim waren Juden schon seit dem Mittelalter ansässig. Im 18. Jahrhundert bildeten die Synagogen in Wallau und Hofheim Zentren der jüdischen Gemeinden. Die Hofheimer Synagoge war nachweislich bis 1781 in einem Gebäude in der Judengasse (ab Juni 1933 umbenannt in Webergasse) untergebracht. Der ehemalige Wachturm der Stadtmauer, der „Büttelturm“, gelangte erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den Besitz der jüdischen Gemeinde und wurde als Synagoge (Bethaus) genutzt.

Die Hofheimer Synagoge im ehemaligen Wachturm der Stadtmauer, dem „Büttelturm“, von der Rückseite betrachtet 1892



Zum Einzugsbereich Hofheims gehörten die Juden der Gemeinden Marxheim und Kriftel, zu Wallau zeitweilig die aus Diedenbergen und Langenhain.

Wohlhabend waren die Gemeindemitglieder nicht. Der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, den von der Landbevölkerung benötigten Konsumgütern und vor allem der Viehhandel bildeten zumeist die Lebensgrundlage.



Die Synagoge in Wallau in der Enggasse 4 (heute: Bachgasse) 1957

Auf der linken Bildseite ist die Wohnung des Rabbiners zu sehen, in der Manfred Aron mit seiner Familie lebte.

Die jüdische Gemeinde in Hofheim

1933 lebten in Hofheim 43 Juden, unter ihnen die Familien Allmeier, Kahn, Lippmann, Nachmann, Oppenheimer, Rosenthal, Weiß und Strahlheim. Diese Familien lebten zum Teil seit mehreren Generationen in Hofheim.

Eleasar Strahlheim, 1858 in Hofheim geboren (gest. 1934), war Viehhändler und unter dem Spitznamen „de Leser“ als Original bekannt. Seine Tochter Rosel studierte am Konservatorium in Höchst und war eine begabte Pianistin. Sie war die einzige in der Familie, die Deutschland rechtzeitig verlassen konnte.



Rosa Strahlheim
Aufnahme vermutl. 1920er Jahre

Bertha Nachmann, geb. Eschenheimer (1863-1942) hatte 1888 ihren Cousin Leopold Nachmann aus Hofheim geheiratet. Ihre Kinder Friedrich und Greta wurden in Hofheim geboren. Greta verließ Hofheim durch ihre Heirat mit Alfred Löwenstein. Sie starb mit 27 Jahren. Ihre Tochter Irene (1919-1941) verbrachte die ersten Lebensjahre bei der Großmutter in Hofheim. Friedrich Nachmann lernte das Metzgerhandwerk, verließ Hofheim für einige Jahre, kehrte aber 1932 in sein Elternhaus in der Bärengasse zurück.



Leopold Nachmann
geb. 10.08.1863
in Wallau
gest. 23.09.1933
in Hofheim

Mit der Entwicklung Hofheims zu einer Erholungs- und Wohnstadt kamen Angehörige anderer Berufe hinzu, wie etwa Angestellte des „Raphael und Jeanette Ettliger Heimes für erholungsbedürftige Kinder“ am Kapellenberg.

Die jüdische Gemeinde in Wallau

Die Familie Falk war in dem Ort über Jahrhunderte ansässig. Ihr Urahn Moses Falk war von der Jüdischen Gemeinde als Lehrer und Kantor eingestellt worden. 1814 wurde mit Sohn David der erste Wallauer geboren.



Veronika und Leopold Falk,
die Eltern von Willi und Siegmund
um 1900

Die Brüder Siegmund (1876-1965) und Willi Falk (1881-1943) betrieben ein Viehhandelsgeschäft. 1930 zog Siegmund mit seiner Familie nach Wiesbaden und Willi Falks Söhne, Herbert (1912-1942) und Martin traten in das Familienunternehmen ein. Willis Ehefrau Julie, geb. Sacki (1885-1939) war Inhaberin eines Schuhgeschäftes. Sie war in Wallau beliebt und für ihre Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft bekannt. Wenn Kinder neue Schuhe brauchten, die Eltern aber kein Geld hatten, stundete sie den Betrag, bis er bezahlt werden konnte.

Mit der Familie Falk waren die Familien Leopold und Levi verwandt. Selma Falk hatte den Viehhändler Leopold Levi geheiratet, der 1918 an den Folgen einer Kriegsverletzung starb. Um sich und ihre Söhne Felix und Norbert zu ernähren, betrieb sie ein Lebensmittelgeschäft im Wallau. Ihre Schwester Mina war mit dem Viehhändler Adolf Leopold verheiratet und hatte einen Sohn Siegmund.

Außerdem lebten in Wallau die Familie Thalheimer und die Familie des Rabbiners Manfred Aron (1892-1969). Mit seinen vier Töchtern aus erster Ehe, seiner zweiten Frau Fanny, geb. Regensburger (1899-1945) und den sieben Kindern aus dieser Ehe lebte er im Gebäude der Synagoge in der Enggase 4 (heute: Bachgasse).



Selma Strahlheim und ihre Tochter
Johanna Hahn geb. Strahlheim
in Hofheim



Norbert Levi mit seiner Mutter Selma
und seiner Tante Mina Leopold

In **Diedenbergen** lebte die Familie Simon und die alteingesessene weitverzweigte Familie Kahn, über Heirat verwandt mit den Familien Forst und Cohn. Theodor Cohn (1888-1942) aus Norddeutschland hatte Karoline Kahn geheiratet. Sie verstarb früh und ließ Tochter Silli zurück. Theodor Cohn heiratete Bertha Wallach (1890-1942). Er arbeitete seit 1911 als Schlosser bei den Farbwerken in Höchst.

In **Langenhain** hatte über viele Generationen die Familie Rosenthal gelebt, aber seit 1928 war als einzige Nachfahrin Lina Beer, geb. Rosenthal (1883-1942?) dort ansässig. Der Rest der Familie war nach Hofheim oder Frankfurt gezogen.

Schrittweise Ausgrenzung

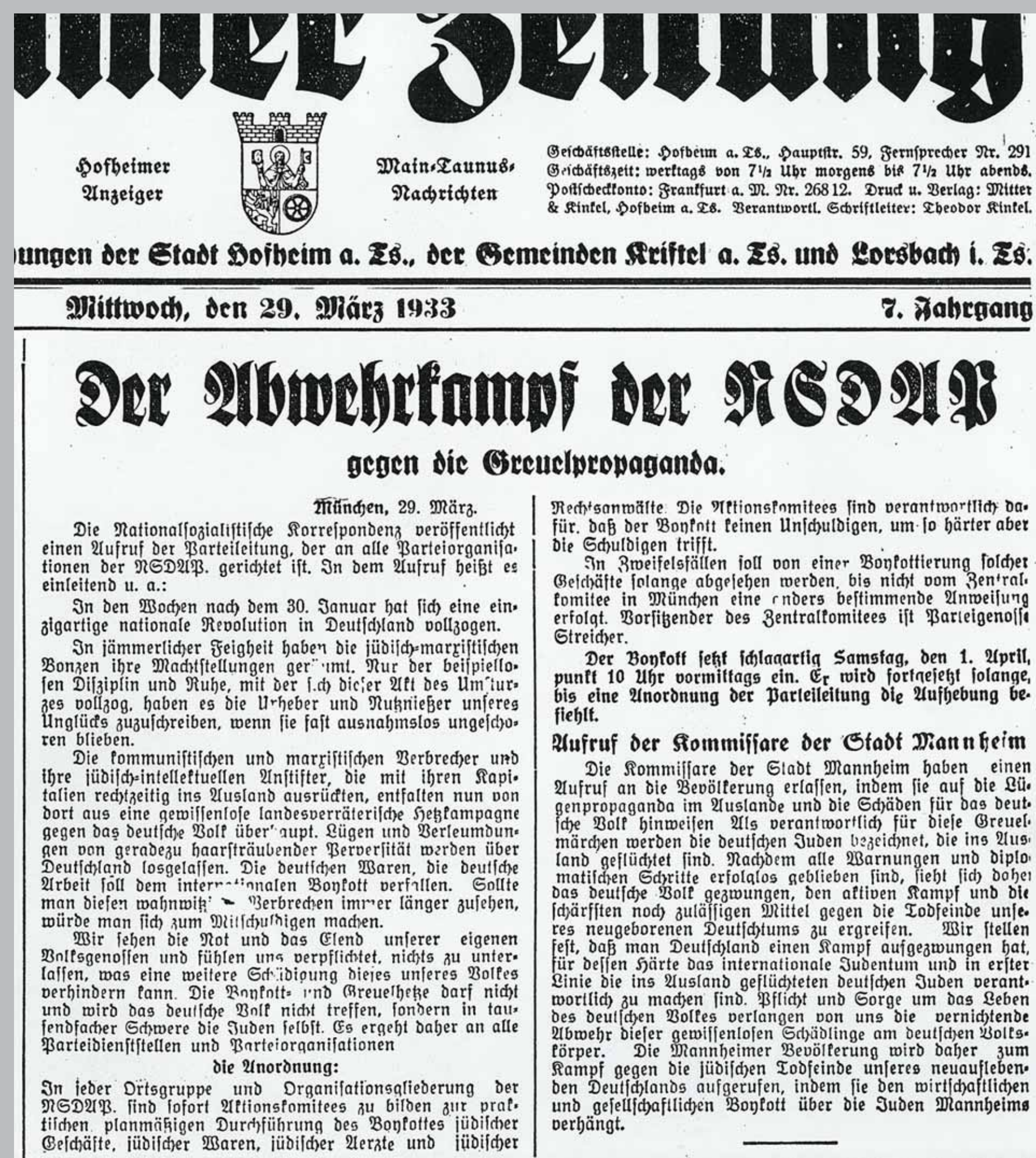
Nach Hitlers Machtergreifung wurde alle zur Verfügung stehenden Mittel in den Dienst der Antisemitischen Propaganda gestellt und gleichzeitig die Ausgrenzung der Juden auf dem Wege der Gesetzgebung in Angriff genommen. Am 1. April 1933 begann der Boykott jüdischer Geschäfte. Es folgte ein Gesetz das einen sogenannten „Arierparagraphen“ enthielt. Dieser diente dazu Juden aus dem Staatsdienst zu entfernen. Es folgten Verordnungen, die sie aus den freien Berufen, wie Arzt oder Rechtsanwalt, aus den Universitäten und Behörden verdrängten. Juden durften keine Ehrenämter übernehmen und wurden aus den Vereinen ausgeschlossen. Dieses und die wirtschaftlichen Boykottmaßnahmen gegen jüdische Händler und Geschäftsleute führten zur sozialen und wirtschaftlichen Isolation.

Doch nicht nur antijüdische Gesetze und Verordnungen beeinträchtigten das Leben der jüdischen Bevölkerung, sondern auch antisemitische Vorurteile, verstärkt durch massive NS-Propaganda.

Nach Schilderungen von Zeitzeugen waren jüdische Kinder Schikanen und Beleidigungen durch Lehrer und Mitschüler ausgesetzt. Die vier Kinder des Rabbiners Aron - Henny Mirjam (1922-1945), Lea Esther (1925-1945), Eva (1927-1945) und Wolf (1931-1942) - besuchten bis 1938 die Volksschule in Wallau. Der dortige Hauptlehrer stiftete seine Schüler an, die vier auf der Treppe zum Klassenzimmer zu schubsen und zu stoßen. Sie durften in den Pausen nicht mit anderen Kindern spielen, sie mussten an der Wand stehen und zuschauen. Mitschüler, die dagegen verstießen, wurden beim Lehrer gemeldet und gerügt. In Hofheim wie in Wallau wagten nur wenige, zu ihren jüdischen Nachbarn bei Dunkelheit Kontakt aufzunehmen und sie mit Essen zu versorgen.



Die Schüler der Volksschule in Wallau zur Schuleinweihung am 8. Januar 1930, unter ihnen sind zwei Töchter des Rabbiners Manfred Arons zu sehen: in der zweiten Reihe von vorn, von den sitzenden Kindern die neunte ist (Henny) Mirjam Aron. Sie wurde am 2. März 1943 von Holland aus in das Vernichtungslager Sobibor deportiert und dort ermordet. Zwei Reihen direkt über ihr stehend rechts neben dem Lehrer ist ihre Schwester (Sara) Sitta zu sehen. Sie wurde am 1. September 1942 von Frankfurt aus nach Theresienstadt deportiert. Ihr Todesdatum wurde auf den 31. Dezember 1945 festgesetzt.



Hofheimer Zeitung
29.3.1933

Auch die wirtschaftliche Lage der jüdischen Bevölkerung verschlechterte sich angesichts Berufsverbot und Boykott.

Adolf Oppenheimer, der in Hofheim eine Metzgerei mit angeschlossener kleiner Gaststätte betrieb, musste letztere schon 1933 aufgeben. Der Metzgereibetrieb warf spätestens 1935 keinen Gewinn mehr ab. In Wallau musste Julie Falk zur selben Zeit ihr Schuhgeschäft aufgeben. Das Viehhandelsgeschäft der Gebrüder Falk kam ebenfalls zum Erliegen. Ebenso erging es Selma Levi mit ihrem Lebensmittelgeschäft. Theodor Cohn aus Diedenbergen, Schlosser bei den Farbwerken in Höchst, erhielt nach 17 Jahren die Kündigung, weil er Jude war. Das Ettliger'sche Kindererholungsheim in Hofheim versuchte, durch eine gezielte Spendenaktion unter Mitgliedern der jüdischen Gemeinden in Frankfurt und anderen Städten die schlechte finanzielle Lage zu bessern, doch die Versendung der Bittbriefe wurde als öffentliche Sammlung angesehen, die nach dem Sammlungsgesetz vom 5.11.1934 einer Genehmigung bedurft hätte. Das Geld wurde als unrechtmäßig erworben eingezogen.

November Pogrom 1938

Das Attentat eines jungen polnischen Juden an einem deutschen Diplomaten in Paris nutzten NSDAP und SA für das Pogrom vom November 1938.



Hofheimer Zeitung
15.11.1938

In Hofheim gibt es zu den Übergriffen nur die kurze offiziöse Darstellung in der Presse.

Danach äußerte sich die „Empörung der Bevölkerung“ in der Zerstörung der Synagoge, deren Inbrandsetzung wegen der Gefahr für die umliegenden Häuser angeblich durch die SA verhindert wurde.

Für die Gemeinde Wallau läßt sich ein ähnlicher Ablauf rekonstruieren. Am Nachmittag des 10. November kamen vier oder fünf Fremde in Zivil nach Wallau, um die Synagoge anzuzünden. Nachdem die Anwohner sie auf die Brandgefahr für die umliegenden Häuser hingewiesen hatten, beschränkten sie sich darauf, Einrichtungs- und Kultgegenstände zu zertrümmern und auf den Hof zu werfen. Am Abend versammelte sich dann eine Menge Wallauer Bürger - unter ihnen Angehörige der NSDAP und SA - an der Synagoge, lud die zerstörte Einrichtung auf den Leichenwagen der jüdischen Gemeinde und entfachte damit ein großes Feuer auf dem Sportplatz.

Die Gestapo nutze das Novemberpogrom, um den Auswanderungsdruck auf die deutschen Juden zu erhöhen. Nach vorbereiteten Listen wurden in ganz Deutschland ca. 30.000 Juden verhaftet und misshandelt. So traf es auch den Hofheim Robert Forst, der inzwischen nach Frankfurt übersiedelt war. Er wurde von der SS in seiner Wohnung festgenommen und auf das Polizeirevier Hölderlinstraße gebracht. Dort wurde er so misshandelt, dass er danach drei Wochen mit hohem Fieber im Bett lag und ungefähr acht Tage davon bewusstlos war.

„In der 1. Etage wurden meine Personalien aufgenommen. Dann musste ich durch ein Spalier von mit Knüppeln bewaffneten SS Leuten eine Treppe herauf in ein anderes Stockwerk laufen. Bei diesem Lauf wurde ich in schrecklicher Weise über den Kopf geschlagen, sodass ich blutüberströmt bewusstlos zusammenbrach. Als ich wieder zu mir kam, stand ich in einer Reihe mit anderen jüdischen Häftlingen. ...“

Robert Forst hatte das Glück, dass er von einem ihm unbekanntem SS-Offizier entlassen wurde. Er vermutete später, dass der Mann ihn aufgrund seiner ehrenamtlichen Tätigkeit beim Sportverein Diedenbergen und als Kreisjugendpfleger für den Main-Taunus-Kreis erkannt und ihm daraufhin geholfen hatte.



Hofheimer Zeitung
15.11.1938

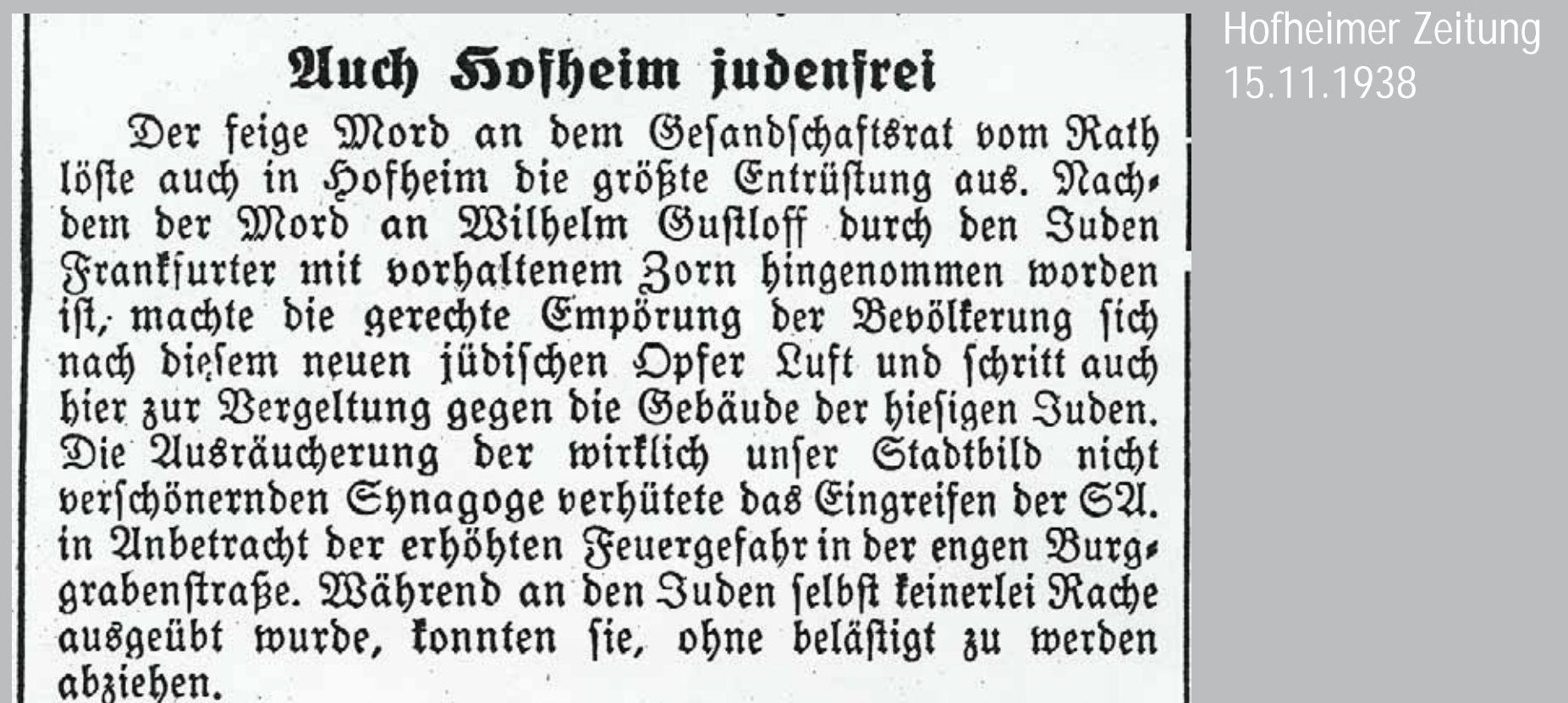


Unmittelbar nach dem Novemberpogrom wurde die endgültige wirtschaftliche Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung eingeleitet. Man zwang Juden und nach der Definition der „Nürnberger Gesetze“ die zu „Nichtariern“ erklärten Personen zum Verkauf ihrer Betriebe, Häuser und Grundstücke.

In Hofheim wechselte das Etlinger'sche Kinderheim seinen Besitzer und ging, nachdem die Stadt vergeblich versucht hatte, es zu erwerben, in Privatbesitz über. Spätestens seit 1941 wurde das Haus als Erholungsheim für Kinder „arischer Abstammung“ unter einer neuen, der NSDAP genehmen Leitung betrieben.

Selma Levi aus Wallau verkaufte ihr Grundstück an einen privaten Käufer. In Hofheim kaufte die Stadt von Bertha Nachmann und Adolf Weiss die Häuser und erhielt das Synagogengrundstück unentgeltlich überschrieben. Die Hofheimerin Emma Kopp wurde zum Verkauf ihres Hauses Roedersteinweg 4 an den Main-Taunus-Kreis genötigt. Es sollte als Dienstwohnung für den Landrat genutzt werden.

Die Kaufpreise lagen in der Regel weit unter dem eigentlichen Wert. Nicht einmal über den Erlös konnten die ehemaligen Besitzer frei verfügen, da das Geld auf ein Sperrkonto eingezahlt und jede Abhebung genehmigt werden musste.



Hofheimer Zeitung
15.11.1938

Die Deportation

Für die Hofheimer und Wallauer jüdischen Bürger wurde das Leben immer unerträglicher. 1939 begannen die Vorbereitungen für die Zusammenlegung aller jüdischen Einwohner in sogenannten „Judenhäusern“.

Bertha Nachmann und ihr Sohn mussten 1941 in ein „Judenhaus“ nach Frankfurt ziehen.

Für Wallau ist die Existenz eines „Judenhauses“ in der Wiesbadener Straße bekannt. Das Haus gehörte ursprünglich Alfred Löwenstein, der 1936 in die USA emigriert war. Von Verboten eingeschränkt und von den Nachbarn isoliert, lebten die Bewohner in ärmlichen Verhältnissen. Folgende Bewohner sind bekannt:

- Rosa Thalheimer, ihre Tochter Martha und Enkelin Ruth
- Siegmund Leopold und seine kranken Eltern, Adolf und Mina
- Herbert Falk, der in dieser Zeit geheiratet hatte und dessen Frau zunächst nicht zu ihm ziehen durfte. Erst Anfang 1942 wurde ihr die Genehmigung erteilt, da die Gestapo bereits plante, Familien nach Möglichkeit gemeinsam zu deportieren.



Im Herbst 1941 hatte es in Frankfurt mehrere Deportationen gegeben. Im Frühjahr 1942 erfolgten drei weitere, die für das Durchgangslager Izbica bestimmt waren. Für den letzten dieser drei Transporte am 11. Juni 1942 wurden erstmals auch Menschen aus dem Regierungsbezirk Wiesbaden einbezogen.

Aus Hofheim wurden Karl und Hedwig Oppenheimer und Adolf und Mina Weiss, die Eltern Erna Schwarzschilds, verschleppt.

Aus Wallau wurden Herbert Falk und Ehefrau Erna, Norbert Levi mit seiner Mutter Selma und seiner Tante Mina Leopold sowie Martha Thalheimer mit ihrer kleinen Tochter Ruth auf einem Lastwagen abtransportiert und ebenso wie die Hofheimer nach Frankfurt zur Großmarkthalle gebracht.

Von dort wurden sie am folgenden Tag zusammen nach Polen deportiert. In Lublin sonderte man die Arbeitsfähigen für das Konzentrationslager Majdanek aus. Frauen, Kinder und Gebrechliche wurden entweder nach Izbica oder direkt in das Vernichtungslager Sobibor gebracht.

Insgesamt wurden an diesem Tag 618 Menschen aus Frankfurt verschleppt. Dazu gehörten auch einige Wallauer und Hofheimer, die bereits in die nahe Großstadt gezogen waren.

Der Familie des Rabbiners Manfred Aron gelang es nicht mehr nach Holland auszureisen. Auch Fanny Aron und vier ihrer Kinder wurden bei einem Transport im Frühjahr 1942 verschleppt.

Von keiner der drei für Izbica bestimmten Deportationen sind Überlebende bekannt.

In diesem Haus in der Wiesbadener Straße 8 mussten alle in Wallau verbliebenen jüdischen Familien spätestens seit 1941 zusammengepfercht und isoliert von den Nachbarn leben. Von hier wurden sie am 10. Juni 1942 und am 28. August 1942 in Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert.

Bei der zweiten und letzten Deportation, die auch das Hofheimer Gebiet betraf, am 28. August 1942, wurden Rosa Thalheimer und Willi Falk aus Wallau, Adolf und Hermine Oppenheimer aus Hofheim sowie Theodor und Bertha Cohn aus Diedenbergen verschleppt.

Unter den über tausend Menschen, die gemeinsam mit ihnen am 1. September 1942 aus Frankfurt nach Theresienstadt deportiert wurden, waren auch die älteren Töchter Manfred Arons, Eva, Sara Sitta und Lea Esther sowie Bertha Nachmann aus Hofheim.

Es überlebten nur diejenigen, denen es rechtzeitig gelang, ins sichere Ausland zu emigrieren.

- Allmeier, Siegfried aus Hofheim, geb. 3.8.1905 - deportiert aus Frankfurt, Mai 1942 nach Majdanek zusammen mit seiner Ehefrau oder 1.9.1942 nach Theresienstadt; gestorben in Auschwitz
- Aron, Fanny geb. Regensburger aus Wallau, geb. 16.1.1899 - am 19.5.1942 mit Transport „L8“ aus Frankfurt deportiert zusammen mit 4 minderjährigen Kindern; zum 31.12.1945 für tot erklärt
- Aron, Sara Sitta aus Wallau, geb. 2.7.1921 - im Frühjahr 1942 nach Majdanek verschleppt; zum 31.12.1945 für tot erklärt
- Aron, Henny Mirjam aus Wallau, geb. 6.11.1922 - am 1.9.1942 nach Theresienstadt verschleppt; zum 31.12.1945 für tot erklärt
- Aron, Lea Esther aus Wallau, geb. 11.3.1925 - am 1.9.1942 nach Theresienstadt deportiert; zum 31.12.1945 für tot erklärt
- Aron, Eva aus Wallau, geb. 4.5.1927 - am 1.9.1942 nach Theresienstadt verschleppt; zum 31.12.1945 für tot erklärt
- Aron, Wolf aus Wallau, geb. 25.5.1931 - am 19.5.1942 mit seiner Mutter Fanny Aron geb. Regensburger und drei Geschwistern deportiert; zum 31.5.1942 für tot erklärt
- Aron, Nanny aus Wallau, geb. 5.6.1936 - am 19.5.1942 mit ihrer Mutter Fanny Aron geb. Regensburger und drei Geschwistern deportiert; zum 31.5.1942 für tot erklärt
- Aron, David aus Wallau, geb. 30.10.1937 - am 19.5.1942 mit seiner Mutter Fanny Aron geb. Regensburger und drei Geschwistern deportiert; zum 31.5.1942 für tot erklärt
- Aron, Josus Kalman aus Wallau, geb. 14.7.1939 - am 19.5.1942 mit seiner Mutter Fanny Aron geb. Regensburger und drei Geschwistern deportiert; zum 31.5.1942 für tot erklärt
- Beer, Lina geb. Rosenthal aus Langenhain, geb.12.11.1883 - vor dem 12.5.1942 deportiert aus Frankfurt
- Cohn, Bertha geb. Wallach aus Diedenbergen, geb. 21.11.1890 - am 28.8.1942 deportiert aus Diedenbergen nach Theresienstadt; zum 8.5.1945 für tot erklärt
- Cohn, Friedrich Theodor aus Diedenbergen, geb. 12.12.1888 - am 28.8.1942 deportiert aus Diedenbergen nach Theresienstadt
- Falk, Willi aus Wallau, geb. 18.1.1881 - deportiert aus Wallau am 28.8.1942; verstorben in Theresienstadt am 21.1.1943
- Falk, Herbert aus Wallau, geb. 25.2.1912 - deportiert aus Wallau am 10.6.1942
- Falk, Erna geb. Gabarsky aus Wallau, geb. 29.7.1921 - deportiert aus Wallau am 10.6.1942
- Kahn, Gustav, geb 8.8.1880 in Diedenbergen - am 11.11.1941 aus Frankfurt zusammen mit seiner Ehefrau ins Ghetto Minsk verschleppt; Todesdaten auf 8.5.1945 festgesetzt
- Leopold, Mina geb. Falk aus Wallau, geb. 10.8.1878 - deportiert aus Wallau am 10.6.1942
- Levi, Selma geb. Falk aus Wallau, geb. 3.8.1886 - deportiert aus Wallau am 10.6.1942
- Levi, Norbert aus Wallau, geb. 3.2.1916 - deportiert aus Wallau am 10.6.1942; gestorben am 22.7.1942 im KZ Lublin-Majdanek
- Löwenstein, Irene, verh. Mayer, geb. 1.6.1919 - am 22.11.1941 mit ihrem Ehemann und dem acht Monate alten Sohn Joel aus Frankfurt verschleppt
- Nachmann, Berta, geb. Eschenheimer aus Hofheim, geb. 28.5.1863 - am 15.9.1942 aus Frankfurt nach Theresienstadt verschleppt, dort verstorben am 5.1.1943
- Nachmann, Friedrich aus Hofheim, geb. 28.4.1889 - deportiert aus Frankfurt am 29.9.1941 „nach Osten“ in ein KZ und Vernichtungslager oder am 22.3.1943 oder 27.3.1943 nach Polen deportiert
- Oppenheimer, Adolf aus Hofheim, geb. 27.10.1871 - am 28.8.1942 aus Hofheim deportiert nach Theresienstadt
- Oppenheimer, Hermine geb. Nachmann aus Hofheim, geb. 17.5.1873 - am 28.8.1942 aus Hofheim deportiert nach Theresienstadt
- Oppenheimer, Karl David aus Hofheim, geb. 29.5.1898 - am 10.6.1942 aus Hofheim deportiert; verstorben am 12.8.1942 in Majdanek
- Oppenheimer, Hedwig, geb. Frank aus Hofheim, geb. 9.4.1902 - am 10.6.1942 aus Hofheim deportiert
- Rosenthal, Emma, verh. Wallerstein, geb. 23.11.1871 in Langenhain - am 15.9.1942 von Frankfurt nach Theresienstadt deportiert; verstorben am 30.10.1942
- Rosenthal, Gustav, geb. 15.12.1873 in Langenhain - am 1.9.1942 mit seiner Ehefrau Rosa Rosenthal geb. Odenheimer nach Theresienstadt verschleppt; in Auschwitz verschollen
- Rosenthal, Frieda geb. Waller aus Langenhain, geb. 2.12.1876 - deportiert aus Frankfurt nach Riga; für tot erklärt
- Rosenthal, Moritz, geb. 7.12.1881 in Langenhain [?] - von Groß-Karben aus deportiert; gestorben am 6.4.1944 in Theresienstadt
- Rosenthal, Rosa, geb. 31.5.1888 in Langenhain [?] - deportiert aus Mannheim; verschollen in Auschwitz
- Rosenthal, Hedwig, geb. 01.03.1904 in Langenhain - am 22.11.1941 mit Mutter und Bruder Albert aus Frankfurt deportiert nach Riga, Todesort vermutl. Kowno; Todesdatum auf 8.5.1945 festgesetzt
- Rosenthal, Albert, geb. 8.5.1905 in Langenhain - am 22.11.1941 aus Frankfurt deportiert nach Riga, Todesort vermutlich Kowno; Todesdatum auf 8.5.1945 festgesetzt
- Rosenthal, Julius, geb. 21.7.1907 in Langenhain - am 11.11.1941 mit Ehefrau Elsa geb. Strauss deportiert aus Frankfurt nach Minsk, Todesort vermutl. Kowno; Todesdatum auf 8.5.1945 festgesetzt
- Schwarz, Ferdinand aus Hofheim, geb. 27.5.1920 - unbekanntes Datum aus Frankfurt nach Majdanek verschleppt
- Strahlheim, Selma geb. Levy aus Hofheim, geb. 18.10.1880 - unbekanntes Datum aus Frankfurt deportiert; Todesdatum auf den 8.5.1945 festgesetzt
- Strahlheim, Johanna, verh. Hahn, geb. 27.11.1909 in Hofheim - am 10.6.1942 zusammen mit ihrem Ehemann aus Frankfurt nach Majdanek verschleppt; Todesdatum auf 8.5.1945 festgesetzt
- Thalheimer, Rosa, geb. Friedemann aus Wallau, geb. 3.8.1870 - deportiert aus Wallau am 28.8.1942; gestorben am 5.11.1942 in Theresienstadt
- Thalheimer, Martha aus Wallau, geb. 23.1.1904 - deportiert aus Wallau zusammen mit ihrer Tochter Ruth am 10.6.1942
- Thalheimer, Ruth aus Wallau, geb. 4.4.1930 - deportiert aus Wallau am 10.6.1942
- Wallach, Adelheid, geb. Abt aus Diedenbergen, geb. 23.8.1857 - am 11. Mai 1943 aus Holland nach Sobibor deportiert; für tot erklärt zum 8.5.1945
- Weiss, Adolf aus Hofheim, geb. 13.12.1883 - deportiert aus Hofheim am 10.6.1942
- Weiss, Mina geb. Sonnenberg aus Hofheim, geb. 18.2.1888 - deportiert aus Hofheim am 10.6.1942
- Wieseneck, Eduard aus Hofheim, geb. 23.5.1886 - am 15.9.1942 aus Frankfurt nach Theresienstadt deportiert, von dort nach Auschwitz verschleppt; Todesdatum unbekannt

Aufgeführt sind alle Personen, von denen sich eindeutig ermitteln ließ, dass sie in einem Konzentrations- oder Vernichtungslager den Tod fanden und die entweder im Gebiet des heutigen Hofheim geboren sind oder dort längere Zeit gelebt haben. Die weiteren ermittelten umfangreichen persönlichen Daten zu Verwandtschaftsverhältnissen, Beruf, Adressen etc. sind in einer Datenbank im Stadtarchiv Hofheim verwahrt. Dort sind auch alle Angaben zu den Verfolgten, die nachweislich überlebten und zu einigen Personen, deren Schicksal nicht endgültig geklärt werden konnte, festgehalten. Bei letzteren handelt es sich hauptsächlich um Jugendliche, die in Hofheim keine Familie hatten und von dort aus in verschiedene deutsche Städte verzogen. Es lässt sich vermuten, dass sie Schüler im Ettlingerheim waren. Für Siegmund Leopold, der am 19.3.1942 auf Anordnung der Gestapo Frankfurt zur Stapo Darmstadt überführt wurde, und für Adele Lippmann, die am 30.9.1938 in die Heilanstalt Eichberg abgemeldet wurde, konnte kein Todestag festgestellt werden. Es ist jedoch anzunehmen, dass auch sie der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zum Opfer fielen. Die in der Datenbank zusammengetragenen Daten stehen für Recherchezwecke im Stadtarchiv zur Verfügung.

Schon bald nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten stand die Wirtschaft des Deutschen Reiches im Zeichen der Kriegsvorbereitung. Durch eine expansive Rüstungsproduktion seit 1936/37 entstand eine Verknappung der freien Arbeitskräfte, so dass die Möglichkeit der Dienstverpflichtung eingeführt wurde. Danach konnten Arbeitnehmer gegen ihren Willen gekündigt und begrenzte Zeit verpflichtet werden, auf einem ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz Dienste zu leisten. Bereits ein halbes Jahr vor Kriegsbeginn zeigte es sich, dass durch die Einberufung wehrpflichtiger Männer große Lücken auf dem Arbeitsmarkt entstehen würden und Engpässe in wichtigen Bereichen der Rüstungsindustrie und der Versorgung der Bevölkerung nicht zu vermeiden waren.

Infolge der anfänglichen Siege der deutschen Wehrmacht wurden französische und polnische Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz herangezogen. Doch die Anfragen auf Zuteilung überstiegen die zur Verfügung stehenden Männer. In Hessen lagen über 10.000 Anforderungen vor, ca. 4.000 konnte entsprochen werden.

In Lorsbach ziehen Landarbeiter, vermutlich französische Kriegsgefangene, einen Wagen. Da Pferde im Laufe des Krieges für das Militär requiriert wurden und Treibstoff ebenfalls nur für die Wehrmacht zur Verfügung stand, musste man auf Muskelkraft zurückgreifen.



In Hofheim lässt sich die Situation der Kriegsgefangenen nur bruchstückhaft rekonstruieren. Aus dem Jahr 1942 stammen verschiedene Listen, in denen die Namen von 23 bzw. 24 französischen Kriegsgefangenen in landwirtschaftlichen Betrieben aufgeführt sind, zum Ende des selben Jahres sind es noch 18 Personen. Auch die 58 landwirtschaftlichen Betriebe sind erfasst.

Aus diesen wenigen erhaltenen Quellen lässt sich daher schließen, dass mindestens zwischen 30 und 40 % der Landwirte einen französischen Kriegsgefangenen beschäftigten.

Bereits 1939 fiel die Entscheidung, trotz aller ideologischer Bedenken und der Angst vor „Überfremdung“, wichtige Produktionszweige auch mit zivilen polnischen Arbeitskräften zu besetzen. Durch die sogenannten „Polenerlasse“ vom 8. März 1940 sollte die gewünschte Diskriminierung sichergestellt werden. Danach war unter Strafe gestellt: nachts auszugehen, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen und Veranstaltungen kultureller oder kirchlicher Art zu besuchen. Für „Vergehen“ wie „Arbeitsbummelei“, eigenmächtiges Verlassen des Arbeitsplatzes und „Aufhetzen“ anderer Arbeiter wurde KZ-Haft angeordnet. Auf sogenannte „GV-Verbrechen“, d.h. sexuelle Beziehungen mit einer deutschen Frau, stand die Todesstrafe. Damit waren die polnischen Arbeitskräfte der Willkür ihrer Arbeitgeber ausgeliefert und mussten in ständiger Angst vor Denunziation leben. Dennoch war gerade auf dem Land das Verhältnis der Dorfbewohner zu den polnischen Zwangsarbeitern oft besser als es in den Augen der Nationalsozialisten angebracht war.

Mit dem Beginn des Krieges gegen die Sowjetunion 1941 wurden bald auch von dort Arbeitskräfte nach Deutschland gebracht. Da sie in der nationalsozialistischen Propaganda als „Untermenschen“ galten und „der Russe“ das Feindbild schlechthin darstellte, sollten sie möglichst von der deutschen Bevölkerung isoliert bleiben. In den „Ostarbeiter-Erlassen“ vom 20. Februar 1942 wurden die für Polen geltenden Verbote für Arbeiter aus der Sowjetunion noch erweitert. Darüber hinaus sollten sie möglichst abgesondert von deutschen und ausländischen Arbeitskräften in Kolonnen eingesetzt und in isolierten, umzäunten Barackenlagern untergebracht werden. Die Zustände in den Lagern waren so katastrophal, dass viele an Hunger und Krankheit starben.

In einer in Teilen erhaltenen Kartei der Frankfurter Gestapo finden sich Einträge zu Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen aus Hofheim (17), Wallau (6), Langenhain (8), Diedenbergen (5), Lorsbach (3) und Wildsachsen (1). Bis auf einen Belgier, einen Tschechen und zwei Franzosen stammen alle aus Polen und der Sowjetunion. Letzere gerieten entsprechend der bestehenden gesetzlichen Diskriminierung öfter in die Hände der Gestapo als „Westarbeiter“ (z.B. Holländer, Belgier, Franzosen). Die Kartei zeigt auch, dass in allen Gemeinden des heutigen Hofheim Zwangsarbeiter eingesetzt waren.

Für Hofheim selbst belegt eine weitere Quelle, auf der auch die Namen der Arbeitgeber angegeben sind, dass alle Bereiche für einen Einsatz in Frage kamen: als Landarbeiter oder Haushaltshilfen in kleinen und großen landwirtschaftlichen Betrieben, als Hausmädchen in Privathaushalten oder Anstalten, so im Kinderheim und im Kurhaus, als Arbeiter in verschiedenen Industriebetrieben und in kleineren Unternehmen. Folgende Nationalitäten sind aufgeführt:

Russen (66), Belgier (13), Polen (9), Litauer (8), Franzosen (8), Ukrainer (4), Italiener (4), Niederländer (3), Kroaten (2), Norweger (1), Staatenlos (1)

Von den 66 Russen sind fast die Hälfte (31) Frauen, von denen wiederum ca. die Hälfte als einzelne Arbeitskräfte eingesetzt waren, vermutlich als Haushaltshilfen. Die anderen wurden in größeren Gruppen in Unternehmen beschäftigt.



Ein französischer Kriegsgefangener – ganz links mit Hut – hilft in Wallau bei der Kartoffelernte.

Links außen ein polnischer Kriegsgefangener, der bei der Ernte in Wallau hilft. Beim Einsatz in der Landwirtschaft waren die Lebensbedingungen in der Regel besser als in der Industrie.



In den Erinnerungen der Zeitzeugen und Zeitzeuginnen waren die ausländischen Arbeitskräfte Teil des Alltags und hatten wenig mit Politik zu tun.

So bekam eine berufstätige junge Mutter eine gleichaltrige Russin als Haushaltshilfe zugeteilt, die sie nach Kriegsende zum Bleiben bewegen wollte.

Ein kleines Mädchen hatte die Aufgabe, jeden Morgen den für den Hof ihrer Eltern eingeteilten Franzosen aus der Unterkunft abzuholen, da er nicht ohne „Bewachung“ gehen durfte.

Der freundliche Umgang war weit verbreitet, blieb aber offiziell verboten. Oft aßen die zugeordneten Arbeitskräfte mit der Familie an einem Tisch, obwohl auch dies verboten war. Man wusste, wie die Kontrollen durch die überzeugten Nationalsozialisten im Ort zu umgehen waren. Dennoch gab es auch Arbeitgeber, die durch schlechte Behandlung oder gar Tötlichkeiten die rechtliche Schutzlosigkeit der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter ausnutzten.

Deren persönliches Schicksal interessierte allerdings die wenigsten. Die Sorge um die Angehörigen, die im Krieg waren und der Kampf um die eigene Existenz standen im Vordergrund.

Ein Zeitzeuge aus Russland, der aus seinem Dorf nach Deutschland verschleppt worden war, berichtete, dass er mit anderen Jugendlichen in einen Güterzug gesperrt wurde und nach einer quälenden 14-tägigen Fahrt in Frankfurt ankam. Im Zug gab es weder zu essen noch zu trinken. Er wurde einem Bauern zugeteilt. Die Behandlung und die Arbeitsbedingungen, die er dort erfuhr, waren gut. Nach der Ernte wurde er mit anderen sowjetischen Zwangsarbeitern in ein Lager bei Kelkheim gebracht. Das Haus hatte zerbrochene Scheiben, es gab keinen Ofen und sie durften im nahen Wald kein Feuerholz holen. Im Frühling durfte er zu dem Bauern zurückkehren.

Nach Kriegsende blieb er in Deutschland, da er befürchten musste, das gleiche Schicksal zu erleiden wie viele ehemalige Zwangsarbeiter, die von Stalin zu Kollaborateuren und Verrätern gestempelt nach ihrer Rückkehr in sibirische Straflager verbracht wurden. Seine Familie hat er seit der Verschleppung nicht mehr wiedergesehen.

Die Stellung der NS-Regierung gegenüber der Opposition war bereits seit 1933 mit der Machtübernahme eindeutig. Jeder politische Gegner wurde zum Staatsfeind. Das Festhalten an einer anderen Partei als der NSDAP konnte die Freiheit oder sogar das Leben kosten. Die Anhänger der Arbeiterparteien wurden durch ständige polizeiliche Überwachung und sogar direkte Verfolgung in ihrer Existenz bedroht. Durch den Hinweis auf die „politische Unzuverlässigkeit“ erfolgten Kündigungen und reguläre Anstellungen wurden verhindert.

In Hofheim und den heutigen Stadtteilen war die Überwachung umso leichter, da jede Gesinnung und frühere politische Aktivität im Ort bekannt war. Wer unter der Hitler-Regierung seine Arbeit in der SPD oder KPD fortsetzen wollte, konnte dies nur in der Illegalität tun und war sich bewusst, dass er ein sehr großes Risiko einging.

Widerstand der SPD

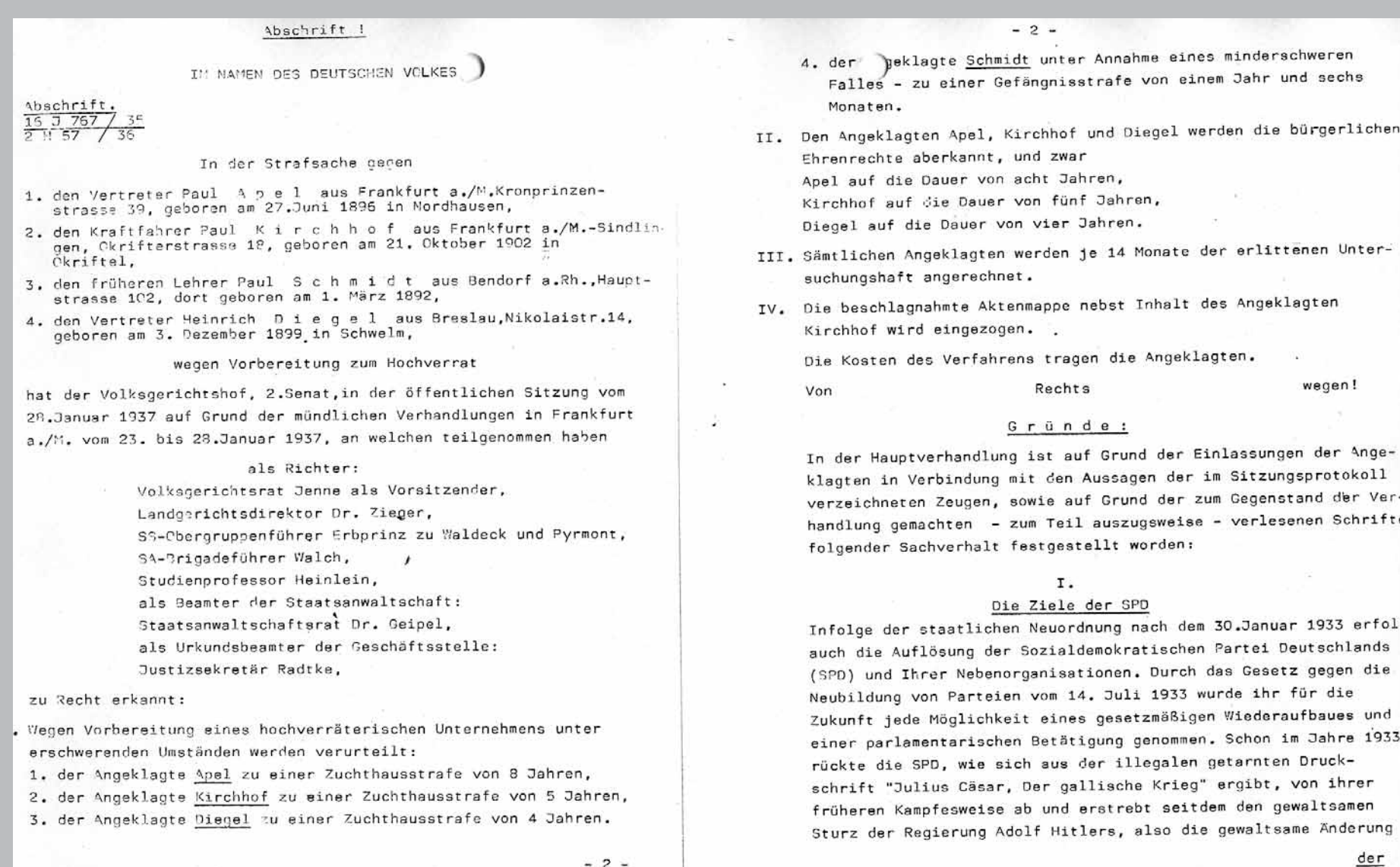
Die Zeitschrift „Sozialistische Aktion“ der Exil-SPD in Prag sollte die Anhänger in Deutschland mit Nachrichten und Analysen versorgen, die in der gleichgeschalteten Presse unterdrückt wurden.

Federführend beim Aufbau des Verteilerringes war Paul Apel aus Frankfurt. Bereits 1933 wurde er zweimal verhaftet und verlor seinen Arbeitsplatz. „Bezirksleiter“ für den Main-Taunus-Kreis, den Frankfurter Westen sowie Wiesbaden war Paul Kirchhof aus Okriftel. Die Verteilung in Hofheim, Okriftel, Hattersheim und Eddersheim oblag Peter Nida aus Hattersheim.

Im Juni 1935 setzte ein unglücklicher Zufall eine Kettenreaktion in Gang, an deren Ende die Zerschlagung der südhessischen SPD stand.

Auf einer Kurierfahrt zwischen Höchst und Unterliederbach verlor Paul Kirchhof die Akten-tasche mit den für die Unterverteiler bestimmten Exemplaren der „Sozialistischen Aktion“ vom Sitz seines Motorrads. Als er den Verlust bemerkte, hatte ein „pflichtbewusster“ Passant die Tasche bereits bei der Polizei abgegeben. Er wurde verhaftet, kurz darauf auch Paul Apel. Da die Exemplare abgezählt und mit Ortskürzeln versehen waren, fiel es der Gestapo nicht schwer, die mutmaßlichen Empfänger zu ermitteln.

Insgesamt wurden 74 Personen inhaftiert und in fünf großen Prozessen wegen „Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“ oder Beihilfe verurteilt. Paul Apel wurde zu acht Jahren Zuchthaus, Paul Kirchhof zu fünf Jahren Zuchthaus und Peter Nida zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Wie viele Abnehmer es für die „Sozialistische Aktion“ im Gebiet des heutigen Hofheim gab, ist nicht mehr festzustellen.



Abschrift des Urteils vom 28. Januar 1937 gegen die SPD-Mitglieder wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“.

Widerstand der KPD

Von Anfang an versuchte die KPD ihren Parteiapparat auch in der Illegalität aufrecht zu erhalten. Durch immer wieder vorkommende Verhaftungen rissen Verbindungen ab und die Widerstandsgruppen vor Ort mussten selbständig agieren.

In Hofheim existierte eine solche Gruppe unter der Leitung von Karl Schuhmann. Seit 1932 gehörte er der KPD an und hatte die Leitung der Ortsgruppe Hofheim inne. Nach dem Verbot der Partei führte er diese im Untergrund weiter. Erst 1936 erfolgte seine Verhaftung. Nach den Darstellungen des Gerichts hatte er an einem Treffen mehrerer KPD-Funktionäre teilgenommen, um die zukünftige illegale Tätigkeit zu planen. Kurz darauf sprach Schuhmann die Mitglieder Adolf Braun, Richard Kulosa, Heinrich Kalbskopf sowie Jakob Ulrich und Johann Palmer aus Kriftel an und gewann sie dafür, die Beiträge weiterzuzahlen und bei dem Verteilen verbotener Schriften zu helfen. Dazu gehörten die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der KPD, und der „Rotfabriker“ der IG.Farben. Gleichzeitig versuchten alle Mitglieder der Gruppe vertrauenswürdige Personen für ihre Sache zu gewinnen. Einige von ihnen hatten vor 1933 keiner Partei angehört, lediglich der SPD nahegestanden oder waren Mitglied in einem Arbeiterturnverein gewesen. Sie bezogen illegale Schriften und ließen sich überzeugen Beiträge zu zahlen, um damit Angehörige politischer Gefangener zu unterstützen.

Karl Schuhmann, Adolf Braun und Jakob Ullrich wurden der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens angeklagt und zu Zuchthausstrafen verurteilt: Schuhmann zu fünf Jahren, Braun zu vier Jahren und Ullrich zu vier Jahren und sechs Monaten. 1937 erfolgte die Verhaftung der anderen Beteiligten, von denen Josef Freund drei Jahre und drei Monate Zuchthaus erhielt, die Übrigen Gefängnisstrafen zwischen zweieinhalb und einem Jahr.

Auf dem Gruppenfoto, Bauernhof Alt Langenhain 32, im Jahre 1932 ist als vierter von rechts, mit Hut und Brille, Karl Degener zu sehen, der 1939 als Kommunist zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.



Johann Krieg mit Enkelin
Die Aufnahme entstand kurz nach seiner Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft 1948.

Ähnlich erging es Johann Krieg, der ebenfalls Zahlungen an eine illegale Gruppe der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) geleistet hatte. Er hatte angenommen, dass das Geld für Familien inhaftierter Kollegen bestimmt gewesen sei. Dem Gericht kam es jedoch darauf an, die Unterstützung einer hochverräterischen Organisation zu betonen. Es erklärte den Angeklagten für uneinsichtig, erhöhte die Haftstrafe und verhinderte, dass die Untersuchungshaft angerechnet wurde.

Die letzte Verurteilung traf 1939 Karl Degener aus Langenhain. Er wurde als Kommunist zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, allerdings wegen eines Vergehens, das bereits 1931 begangen worden war. Nach Ansicht des Gerichts hatte er der KPD-Führung in Höchst den illegalen Kauf von Sprengstoff vermittelt. Dieser sei auf einer Baustelle in Langenhain gestohlen und der KPD verkauft worden. Darüber hinaus soll er als Anstifter bzw. Kundschafter bei einem Einbruch von zwei KPD-Mitgliedern beteiligt gewesen sein. Das Verfahren zu dieser Anschuldigung war 1932 bereits aus Mangel an Beweisen eingestellt worden. Trotzdem stellte man Karl Degener noch einmal vor Gericht und verurteilte ihn zu zwei Jahren Zuchthaus.



Für einige aus politischen Gründen Verurteilte endete die Verfolgung nicht mit der Haftentlassung, sondern sie mussten Kriegsdienst leisten oder wurden direkt in ein Konzentrationslager überführt.